

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großheringen.

Besitzpreis mit illustrierter Beilage Vier und Sechs für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark für Selbstabholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Belehrung. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon-Sammelnummer 72208 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 1921
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72216. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 1921 — Telefon 7220

Unterhaltungspreise: Die Wochenviertel, Kolonialzeile 35. Vier, bei Blauvorricht 40 Pf.
Stellenangebote 10 Pf. Kolonialzeile 25 Vier. Familienanzeichen von Privativen
die Wochenviertel mit 10 Pf. Nachlass. Reklamezeile 2 Pf. Unterhalt v. ausw.
die Wochenviertel 40 Pf. bei Blauvorricht 50 Pf. Reklamezeile 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Buchhandlungen und alle Postanstalten entgegen.

Reichswehr gegen Ausgesperrte.

Regierungskrise — Vertragung des Landtags.

Dresden, 22. Februar.

Der sächsische Rechtsblock kracht in allen Fugen. Noch ist die Regierungskrise, die um Aliz herausbeschworen wurde, nicht beigelegt, und schon ist die Regierung erneut gefährdet, diesmal von den Hausbesitzern in der Wirtschaftspartei. Die Wirtschaftspartei droht mit ihrem Austritt aus der Regierung, falls ihre Ansprüche in bezug auf die Beseitigung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen nicht erfüllt werden. Die Herrschaften fordern also Mietwucherfreiheit, sonst wollen sie nicht mehr mitmachen. Die Regierung hat aber gerade erst durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei berichten lassen, dass sie nicht befürwortige, vor dem 1. April eine Änderung der Mietsätze vorzunehmen, sie wolle vielmehr erst die Aussprache im Landtag über die Anträge zur Mietzinsteuer abwarten. Da nun zu erwarten ist, dass im Landtag die Verteilungen der Mietwucher abgelehnt werden, ist mit dem Rücktritt der Wirtschaftspartei aus der Regierung zu rechnen, sobald der Landtag diese Anträge verhandelt hat. Diese Anträge sollten aber bereits am 24. Februar auf die Tagesordnung des Landtages kommen. Diese Tagesordnung war für nächsten Donnerstag bereits fertig. Das hieß also, die Regierung wäre noch in dieser Woche aufzuspielen. In der Sache nach einem Ausweg aus der bedrohlichen Situation blieb nichts andres übrig, als den Versuch zu machen, den Landtag von der Verhandlung der Anträge abzuhalten. Dafür ließ die Regierung das Präsidium des Landtages wissen, sie könne zu den Anträgen zur Mietzinsteuer noch keine Stellung nehmen, weil ihre Erhebungen über diese Frage noch nicht abgeschlossen seien.

Die Regierungsparteien griffen diese Ausrede der Regierung mit Freuden auf, sie entschlossen sich für die Vertragung des Landtages bis zum 9. März. Auf diese Weise wollten sich die Regierungsparteien und die Regierung eine Galgenfeier vor dem Aufstieg des Rechtsblocks sichern.

Nach dieser Einstellung der Landtagsmehrheit verklündete der Präsident die Tagesordnung der nächsten Sitzung für den 9. März mit den Witterungen, die eigentlich am 24. Februar verhandelt werden sollten. Unsre Genossen erhoben sofort gegen dieses Verhältnissmanöver schärfsten Einspruch. Im Auftrage der Fraktion zerriss Genosse Liebmann die fadenscheinigen Gründen der Regierung, indem er zeigte, dass nicht die noch nicht abgeschlossene Erhebung der Regierung, sondern die Furcht vor der Regierungskrise der Ursach für die Vertragung bis zum 9. März sind. Unser Redner wies auch darauf hin, dass der Landtag überhaupt keine Ursache hat, jetzt seine öffentlichen Verhandlungen zu unterbrechen, denn neben den Anträgen zur Mietzinsteuer müssen andre wichtige Fragen erledigt werden. Das trifft vor allem auf die deutsch-nationalen Anträge zum Ministerpensionengesetz zu, durch die die Ministerpräsident und -abteilungen zur Korruption der gegenwärtig amtierenden Minister beitragen sollen.

Vor allem aber, so erklärte unser Fraktionsredner, darf der Landtag gerade jetzt nicht verlegt werden, weil bekanntgeworden ist, dass die Reichswehr in den Garnisonen marschbereit gehalten wird, um gegen die ausgesperrten Metallarbeiter eingesetzt zu werden. Sogar Artillerie steht marschbereit zum Abmarsch nach Leipzig.

Diese Mitteilungen über die arbeiterfeindlichen Pläne lösten bei der Linken des Landtages starke Entrüstung aus. Der Kommunist Böttcher konnte dazu noch ergänzend darauf hinweisen, dass die Polizei in Chemnitz erheblich verstärkt worden ist.

Die Reaktion rüttet also auf der ganzen Linie, um der kämpfenden Arbeiterschaft mit allen Mitteln des Staates eine schwere Niederlage zu bereiten! Um so frivoler ist die Vertragung des Landtages bis zum 9. März. Iwar erklärte der Landtagspräsident, Genosse Schwarz — und die Erklärung kann man unbedingt glauben —, der Landtag könne sich darauf verlassen, dass er sofort zusammenberufen werde, sobald irgendwelche Ereignisse eintreten, die seinen Zusammentritt notwendig erscheinen lassen aber das ändert nichts an der Tatsache, dass der Landtag in schwerer kritischer Situation seine Vertragung beschloss, nur um die politische Unfähigkeit des Rechtsblocks nicht offen in Erscheinung treten zu lassen.

Die Entscheidung über die Vertragung lag bei den vier Abgeordneten, die durch Wirk erklären ließen, sie würden für die Vertragung stimmen. So stimmte der Rechtsblock geschlossen für die Vertragung bis zum 9. März. Der Beschluss wurde von der Linken mit lebhaften Psi-Aufen quittiert! Die Auskünfte werden in der Zeit der Vertragung ihre Beratungen fortsetzen.

Auf der Tagesordnung des Landtages standen die Aufwertungsanträge, die von der Aufwertungspartei durch Herrn v. Trumetti möglich begründet wurden. Es kamen viele Aufwertungstreunde zum Wort. Geschicht und gründlich beleuchtete Genosse Neu die Aufwertungstreundlichkeit, die sich aus der Tatsache erklärt, dass sich die Anträge der Aufwertungspartei ausschließlich gegen die öffentlichen Sparkassen richten, während die privaten Inflationsgewinner von den Anträgen der Aufwertungspartei nicht betroffen werden. Der zweite Redner der Aufwertungspartei, Herr Mack, hiess dann noch eine Rede, die einem bunten Zettelkasten gleich. Zum Schluss verlangte er den Staatsanwalt gegen alle, die an der Inflation schuld sind. Mack und seine Freunde wissen noch nicht einmal, dass sie selbst Verbündete dieser Schuldigen sind, indem sie den Rechtsblock der Besitzenden in Sachsen ermöglicht haben und stillen.

Bemerkenswert ist noch, dass die Aufwertler immer den Saal verlassen, sobald eines ihrer Fraktionsmitglieder die Forderungen seiner Partei vertreibt.

Die Aufwertungsanträge wurden zur Weiterberatung an den Rechtsausschuss verwiesen.

Parlamentarismus und politische Moral.

Dunkle Kapitel im Reichstag.

Von V. t. r.

Wenn von allen Seiten, und zwar nicht nur von den prinzipiellen Gegnern, über den deutschen Parlamentarismus gesagt wird, so wäre es Vogel-Strauß-Taktik, wollte man auf eine Untersuchung der Gründe dieser Klagen verzichten. Die Parteibureauauftritte versiegeln über einen verhängnisvollen Einfluss auf die Belästigung geistig selbständiger Persönlichkeiten. Diese Tatsache wirkt sich um so folgen schwerer aus, als bei uns in Deutschland die Parlamentarier einer technisch voll ausgebildeten, selbstbewussten und durch Gesetze fast übermäßig gesicherten Staatsbürokratie gegenüberstehen. Der Umsturz von 1918 und seine Folgen haben die Stellung der Beamenschaft nicht nur nicht erschüttert, sondern sie eher gestiftet. Die für die Staatsleitung infolge der Vorkriegsverhältnisse nur mangelhaft vorbereiteten Parlamentarier glaubten sich als Minister auf die scheinbar so sachverständige Unterstützung ihrer Gehilfen unbedingt angewiesen, und es ist menschlich begreiflich, dass die Beamenschaft diese Situation nach Kräften auszuhalten sucht.

Immerhin sollte man annehmen, dass das Parlament, bei dem nach der Weimarer Verfassung die höchste Staatsgewalt liegt, dafür hätte sorgen können, dass die Bäume der Bürokratie nicht in den Himmel wachsen, und dass eine sachgemäße Kontrolle der beamteten Instanzen ausgeübt wird. Indessen war es der Beamenschaft der Ministerien möglich, diese Bedrohung ihrer Allgemein dank der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Kriege zu verhindern. Um so eher konnte dies gelingen, als die deutsche Verfassung nicht verbietet, dass Volksvertreter gleichzeitig beauftragte Stellungen, außer der eines verantwortlichen Ministers, einzunehmen oder für ihre außerparlamentarische Tätigkeiten Gelder aus der Staatskasse erhalten.

Das Fehlen dieses verfassungsschützlichen Verbotes führt auf den Kern des Problems, warum der Deutsche Reichstag in fast allen Hauptfragen versagen muss, und weshalb wir tatsächlich nur einen Scheinparlamentarismus haben, obwohl der Volksvertretung die Verantwortung für alle Sünden ausgebürdet wird. Es wäre falsch, hier von einer den Parlamentarier voll bewussten Korruption zu sprechen, zumal ein geschickter Bürokrat, wie gezeigt werden wird, die Beeinflussung maßgebender Persönlichkeiten der Parteien seit Jahren in einer Weise betrieben hat, die dies den Herrn Raum zu Bewusstsein kommen ließ. Denn in den Jahren der Inflation, wo der Staat der richtige Goldfabrikant war, fiel es der Bürokratie, die tatsächlich die Verfolgung über die Geldschmiede hatte, leicht, in geschickter, verschleieter Form den mit Sachwerten gewöhnlich nicht gelegierten Parlamentariern auszuholen. Als nach der Stabilisierung der Staat durch eine rücksichtlose Steuerpolitik seine Stellung als Hauptkapitalist bewahrt, konnte auch ohne Mühe der Einfluss auf die größtenteils entgleisten Parlamentarier erhalten bleiben.

Wie eine kurze Betrachtung einiger Positionen des Reichshaushaltssystems zeigt, gehört zu diesem System, dass die Regierung der Republik — also tatsächlich die Ministerialbürokratie — heute über Organe zur Beherrschung der öffentlichen Meinung verfügt, wie es sich die Kaiserliche Verwaltung der Vorkriegszeit in ihren süßesten Träumen nicht vorgestellt hatte.

Die Positionen des Reichshaushaltssystems für 1927, die hierfür in Betracht kommen, gehören im wesentlichen zu den Staats-Reichstags-, des Auswärtigen Amtes und des Reichsinnenministeriums. Der Mann, der dieses ganze System mit Bewusstsein aufgebaut hat, und der vom mittleren Beamten zum Ministerialdirektor der Finanz- und Personalausstattung des Auswärtigen Amtes avancierte, hat in diesem Jahre die Ausgaben für die „Reichszentrale für Heimatdienst“ von dem Auswärtigen Amt weg der Reichstagsaufsicht aufgebürdet (Ziffer 1 [ein Ministerialrat] und Ziffer 23 des ordentlichen Haushaltssatzes des Kanzles). Über den Wert und über die Leistungen dieser Reichstagszentrale kann man verschieden Meinung sein. Für unsere Betrachtung ist es wesentlich, dass als Angestellte der Reichszentrale für Heimatdienst eine Reihe von Parlamentariern und Sekretären der verschiedenen Parteien, außer Kommunisten und Böllschen, Gehalt beziehen. Dass diese Herren nur, soweit sie das aus partei-politischen Gründen müssen, der Regierung opponieren, kann nicht wundernehmen, zumal sie nur Angestellte mit Rücksicht und keine Beamten sind. Es ist diese Tatsache um so bemerkenswerter, als derjenige Parlamentarier, der als Vertreter der ausschlaggebenden bürgerlichen Partei des Reichstages zu den wichtigsten Positionen im Plenum zu reden pflegt, zu diesen Angestellten der Reichszentrale gehört. In England, wo das Parlament seit Jahrhunderten die Kontrolle über die Regierung übt, wäre dies völlig undenkbar.

Ebenso interessant ist Titel 24 derselben Haushaltssatzes, nämlich 1.484.000 Mr. zur Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande. Ein Teil dieser auch im Haushalt 1926 ausgeworfenen Summe hat zum Erwerb der Deutschen Allgemeinen Zeitung gedient. Nun soll ja dieses Blatt für 2.2 Millionen Mark an ein privates Konsortium verkauft werden sein. Als aber bei der Beratung des Haushalt-

Herrn Kelloggs Arbeit in Nicaragua.

Ein „Schiedsvertrag“ mit Nicaragua. — Parteinahe bei den Kämpfen.

Der Konflikt in Zentralamerika scheint nunmehr in ein neues Stadium zu treten. Nachdem die Vereinigten Staaten in den letzten Tagen neue Truppen nach Nicaragua gesandt haben und weitere Transporte bevorstehen, wird jetzt bekannt, dass der von Nordamerika ausgeholtene konservative Präsident Diaz den Vereinigten Staaten einen Vorschlag unterbrückt hat, zwischen Nicaragua und Nordamerika einen Schiedsvertrag abzuschließen. Dass dies von Washington bestellte Projekt bei Herrn Kellogg ein williges Gehör findet, braucht wohl nicht noch besonders gezeigt zu werden. Der Abschluss eines solchen Vertrages hätte zur Folge, dass Nicaragua nun auch leichtlich zu einer völligen Kolonie Nordamerikas gemacht würde: der Ring um Mexiko hätte sich endgültig geschlossen.

Im geplanten Vertrag soll sich denn auch die Bestimmung finden, dass „die Vereinigten Staaten den Schutz Nicaraguas gegen äußere Angriffe und gegen innere Wirren, die die Intervention einer fremden Macht zur Folge haben könnten, gewährleisten“.

Über die Art, wie die nordamerikanischen Interventions-truppen die Kämpfe zwischen Sacasa und Diaz zugunsten des letztgenannten beeinflussen, unterrichtet folgende Meldung:

WTB. Washington, 22. Februar.

Obwohl man sich an amtlicher Stelle leineswegs zu der Absicht bekannte, in irgendeiner Form in den Parteidritten in Nicara-

qua einzugreifen, wird es doch mit jedem Augenblick klarer, dass die Regierung die Absicht hat, die Lage dort fest in die Hand zu bekommen. Das Staats, wie das Marinedepartement bald über ein Vorgehen einig, das, wie angenommen wird, geeignet sein muss, den Truppen Sacas bedenklische Hindernisse in den Weg zu legen. Nicht nur hat man die Ueberwachung der wichtigsten Eisenbahnen, der Linie Corinto-Managua, sich gesichert, sondern die zur Bedeutung der amerikanischen Ge-sandtschaft bestimmte Wache ist aus Managua in das auf einem Hügel liegende, die Stadt beherrschende Fort Roma verlegt worden, so dass allen Anzeichen nach es den Truppen Sacas endgültig unmöglich geworden ist, Managua zu besiegen. Der diplomatische Agent Sacas in Washington hat bereits erklärt, der Druck, den die amerikanischen Truppen neuerdings in verstärktem Maße ausüben, werde es unmöglich machen, den Feldzug gegen Diaz noch lange fortzuführen.

Annäherung zwischen Polen und Litauen?

Die Sowjetpresse nimmt eingehend Notiz von der Reise des englischen Gesandten in Warschau, Wooh, nach Litauen und betont, dass diese Reise eine Annäherung zwischen Polen und Litauen beweise. Die Sowjetpresse macht ferner auf die Gründung eines Vereins für die Annäherung zwischen Polen und Litauen aufmerksam und meint, Polen habe die erste Absicht, sich mit Litauen zu vereinigen. Die Sowjetpresse erwartet, dass bei der ersten Gelegenheit neue polisch-litauische Verhandlungen aufgenommen werden.

Der litauische Sejm ist auf den 23. Februar einzuberufen worden, um die Regierungserklärung des Kabi-

nets Woldemaroas entgegenzunehmen.

ausschusses des Reichstages eine Frage wegen dieser Gelder an den Regierungsvertreter gerichtet wurde, hat die Mehrheit die Fragesteller in der üblichen Weise mundtot gemacht. Sicherlich wird ein Teil dieser Summe zur Unterstützung der verschiedenen Nachrichtenbüros verwandt, die dieses Gebiet beherrschen und dafür sorgen, daß der Durchschnittsdeutsche nur das erfährt, was er nach Meinung der Bureaucratie wissen darf. Ein anderer Teil dieser Gelder geht für die Veröffentlichungen der Reichszentrale für Heimatkunde darauf, die oft genug von Parlamentariern und Parteigrößen gegen Bezahlung abgesetzt worden sind.

Bei Titel 31 des ordentlichen Haushaltes des Auswärtigen Amtes — 900 000 M. Kosten für Sonderaufträge — wäre es nicht unangebracht, einmal festzustellen, wer von Parlamentariern oder deren Angehörigen mit Sonderaufträgen und mit was für Aufträgen bedacht wurden. Die gleiche Frage drängt sich unwillkürlich bei Titel 32 (Sachverständige im Ausland für Land- und Forstwirtschaft, Handel und Industrie, Sozial- und Kulturpolitik 450 000 M.) auf, zumal im Haushaltsausschuß gar noch Sozial-Attaches für das Ausland gefordert wurden. Titel 35 („Geheime Ausgaben“ 8 Millionen) unterliegt überhaupt nicht der Prüfung des Rechnungshofes. Es wird sich also nicht feststellen lassen, falls dies nicht auf Grund der Ausgaben unter 31 und 32 gäbe, wie hoch die Auslandsstreisen verschiedener Parlamentarier bezahlt werden. Es gibt noch eine Fülle von Titeln, unter denen Belohnungen für literarische Belehrungen usw. an Volksvertreter gewährt werden könnten. Wenn einiges Weniges von dem Haushaltsausschuß gestrichen wurde, so dürfte dies bei dem Nachtragsetat wieder eingefügt werden. So sind von dem Haushalte des Auswärtigen Amtes von fast 60 Millionen Mark unter Titel 31, 32, 35, 39, 40, 41, 47, 48, 49, 50 über 20,5 Millionen Mark vorgesehen, von denen ein guter Prozentsatz dafür verwendet wird, bei dem von Reichs wegen mit der Kontrolle der Regierung vertrauten Volksvertretern unwillkürlich ein persönliches Interesse an diesen Fonds zu schaffen. Überdies wird ein großer Teil dieser Gelder auch dazu verwendet, um die öffentliche Meinung mittels der Nachrichtenbüros und des Radio in fast monopolistischer Weise zu beeinflussen.

Das Wissenschafts-Telegraphen-Bureau wird bekanntlich aus diesem Fonds unterstützt. Es unterliegt so einer ständigen Kontrolle durch das Auswärtige Amt und die übrigen Ministerien. Dies war bereits vor dem Kriege der Fall. Nun hat der jetzige Ministerialdirektor der Abteilung I des Auswärtigen Amtes seinerzeit auch noch das Würzburger Nachrichtenbüro erworben und zu einem Allgemeinen Politischen Nachrichtenbüro mit neuerdings stark rechtsgerichteter Tendenz ausgebaut. Mit den Wirtschaftsnachrichten, die dem Auswärtigen Amt durch die deutschen Konsulate, also auf Kosten aller Steuerzahler, zugehen, sollen gewisse Stellen zeitweise einen vileseligen Handel getrieben haben. Durch den Erwerb der früheren Sennerschen Industrie- und Handelszeitung und durch Schaffung eines eigenen amtlichen Wirtschafts-Nachrichtendienstes hat man versucht, auch dieses Gebiet jener Propaganda dienstbar zu machen.

Die famose Hochschule für Politik wird aus denselben Gründen von dem Auswärtigen Amt finanziell unterstützt. Dort suchen einige Parlamentarier, unter ihnen vor allen Dingen der geistige inoffizielle Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, ein Mann mit vielen Doktoriten, der nirgends fehlen darf, ihre Weisheit an den Mann zu bringen, was allerdings nicht zu hindern vermugt, daß die zur Füllung der Säle kommandierten Attaches die Gelegenheit wahrnehmen, um sich von den Strapazen des Tanzes und der vielen Feste auszuruhren.

Man wird bei Hinzurechnung von nur weiteren 4 Millionen der Reichsanzlei und des Reichsinnenministeriums nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß allein 25 Millionen Mark von diesen Seiten für solche Zwecke zur Verfügung stehen. Da dies jährliche Einnahmen sind, so muß man diese Summe als Zinsen betrachten, und man sieht, daß für die Ministerialbureaucratie des Reiches allein — von den Vätern abgesehen — fast eine halbe Milliarde Kapital den Rücken gegen eine unliebsame Kontrolle deckt. Dieses System treibt denn die merkwürdigsten Blüten. Ein bekannter geistlicher Parlamentarier, der sich mit der Bureaucratie verständigt hat, erhielt sämtliche Doktorituren honoris causa. Andern Parlamentariern von mancherlei Bänken werden ihre Erholungsreisen gegen oft unwesentliche Verhältnisse bezahlt. Gewiß spielen diese Summen bei dem Riesenhaushalt des Reiches keine wesentliche Rolle. Indessen gerade in den lebenswichtigen Fragen der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik gelingt es so, bei der deutschen Bescheidenheit die geringste Regung sachlicher Kritik zu ersticken. Unwillkürlich überlegt man es sich zehnmal, ehe man die netten, artvollen alle Wünsche erfüllenden Herren des Auswärtigen Amtes verstimmt, zumal es noch Fonds gibt, die keiner parlamentarischen Bewilligung oder Kontrolle unterliegen, und aus denen artige Kinder Belohnungen erhalten. Nur die großen Kapitalmächte, die auf kleine Trümpfe nicht angewiesen sind, könnten Opposition machen. Dies taten sie auch so lange, bis sie die Staatsmaschine in der Hand hatten. Daher haben wir bei den tollsten Kreuz- und Quersprüngen, bei der Regierung Cuno ebenso gut wie bei einer Regierung Marx, nur beschränkt sachliche Kritik im Parlament gehört.

Es würde zuweit gehen, wollte man all den Volksvertretern, die sich in dieses System der Beeinflussung haben verstricken lassen, vorworfens, daß sie sich haben wissentlich bestochen lassen. Die Mehrzahl wird davon überzeugt worden sein, daß ihre Leistungen, wofür sie mit von Ihnen selbst auf Kosten der Steuerzahler bewilligten Geldern honoriert werden, dem Vaterlande unentbehrlich sind. Jedenfalls wird man den Mitgliedern der Regierungsparteien diese Überzeugung nicht ohne weiteres absprechen können. Etwas anderes ist es schon bei den Angehörigen der Opposition. Diese werden den guten Glauben für sich nicht mehr so unbedingt in Anspruch nehmen können, zumal Stresemann seine Verständigungspolitik wenigstens Frankreich gegenüber tatsächlich hat schiefen lassen, und jetzt wieder durchaus dessen Gegner, England und Italien, auf der Suche nach Kolonialmautanden folgt. Wenn man bedenkt, wie leicht es in dem verarmten Deutschland ist, vermöge dieser reichen Mittel nur einige wenige Parteiführer und Nachrichtenquellen zu beeinflussen, wenn man weiß, welche starke Parteidiktat herrscht, und wie gern der Deutsche die amtlich verbürgte Nachricht glaubt, so wird es erklärlich, warum das Parlament seine Aufgabe der Kontrolle nur bedingt erfüllt. Gewiß handelt es sich bei dem Haushalt der Reichsanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums nicht um solche Kleinsummen, wie bei dem standalösen Heeresamt. Indessen wird die weitere leichtfertige Bewilligung jener zweckdienender Summen für die Allgemeinheit und zuerst für die Bedeutung des Parlamentes die schlimmsten Folgen haben.

Generalstreich in Shanghai.

Weißer Terror in der Stadt.

Mutterende Kanonenboote beschließen die Stadt.

U. London, 22. Februar.

Wie aus Shanghai berichtet wird, war noch der heutige Vormittag in der Stadt verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die Stimmung zeigte sich gegen gestern wenig verändert und zur Verbesserung der durch den Polizeirevier seit vier Tagen liegen gebliebenen Auslandspost wurde in der internationalen Niederlassung ein internationaler Posthilfsdienst eingerichtet. Da der Verteidigungsminister von Shanghai über jeden streitenden Postbeamten die Todesstrafe verhängen wollte, lehrte jedoch auch ein großer Teil der chinesischen Postbeamten wieder in die Postämter zurück.

Ganz plötzlich änderte sich dieses Bild, als die Vororte von Shanghai von einem meuternden Kriegsschiff der nordchinesischen Flotte bombardiert wurden. Eine ungeheure Aufruhr griff besonders unter den Ausländern um sich, die sich sogar teilweise auf die ausländischen Schiffe im Hafen flüchteten. Die ausländischen Freiwilligenkorps und die britischen Expeditionstruppen verhinderten sofort die höchste Alarmbereitschaft, zumal noch in der französischen Koncession Unruhen ausbrachen. Deserteure aus der geschlagenen Sunschuanfang-Armee mischten sich unter das Volk, das sich in wilden Hakaufen gegen die Blutherrschaft des Verteidigungsministers von Shanghai erging. Man nahm schon an, daß die Kantonstruppen nicht vor der Stadt ständen, um sich mit den Demonstranten zu vereinigen. Die chinesische Gendarmerie in Shanghai hat sich heute von Sunschuanfang losgesetzt und ganz offen kundgegeben, daß sie mit ihrem Austritt aus der Stadt zu den Kantonstruppen übergehen wird.

*

U. London, 23. Februar.

Wie aus Shanghai gemeldet wird, sind bei dem gestrigen Bombardement der Stadt zwei amerikanische Staatsangehörige verletzt und zwei Chinesen getötet worden. Der Feuerüberfall ging von zwei nordchinesischen Kanonenbooten aus, deren Besatzung zu der Kantonregierung übergetreten ist und mit dem Bombardement verhüten wollten, einerseits in Shanghai den schon lange erwarteten Aufstand zu entfachen, anderseits selbst auf dem Whangpoo-Hafen mit der Kantonflotte zusammenzutreffen. — Der britische Befehlshaber in Shanghai hat gestern 800 Soldaten des Fusiliers-Regiments gelandet und dafür zwei indische Infanterieabteilungen nach Hongkong zurückgezogen.

In Tsingtao haben Streitposten zwei vor Anker liegende britische Flug-Schiffe überfallen, die Kapitäne der Schiffe verletzt und mehrere Matrosen über Bord geworfen.

*

Das Schreckensteam des Generals Li geht weiter. Die Zahl der Streitenden wird mit ungefähr 110 000 Arbeitern angegeben.

*

Das Feuer, das das chinesische Kanonenboot eröffnete, war auf das in unmittelbarer Nähe der französischen Koncession (die es außer der internationalen Niederlassung in Shanghai gibt) befindliche Waffenarsenal gerichtet, und so fielen auch einige Schüsse in das französische Konzessionsgebiet. Eine größere Wirkung ließ diese Schüsse kaum gehabt haben. Ihre Bedeutung liegt gewissermaßen mehr in einer ideologischen Sphäre. Denn es ist schwer, so wie es der Potemkinfilm zeigt: in der Stadt willte der weiße Terror der geschlagenen Imperialistenknechte, und da glaubt ein kleiner, ja aus der Gesellschaft Sunschuanfang lösendes Kanonenboot den Arbeitern Shanghais dadurch zu helfen, daß es das Arsenal bombardiert. Das Boot jedoch ist recht klein, umlagert von den 25 Kriegsschiffen der Auslandsmächte, und wehe, wenn zuviel Schüsse in die Konzessionsgebiete fallen. In der Stadt aber schreitet der Hysterie die Straßen und macht jedem, der bei der Verbreitung von Flugblättern angetroffen wird, den härtesten Prozeß.

Wie lange noch wird dies Schreckensteam walten? Von den Kantonen entscheidend geschlagen, von dem Solde des Imperialismus im Stich gelassen, wählt die Soldateska leicht um ihren letzten Besitz. Sunschuanfang hat nach einer Meldung der Times den Oberbefehl über den Rest seiner Truppen an seinen Unterführern Linglangting abgegeben. Unklar ist noch die Haltung der Generale des Nordens; ihrer „Treulosigkeit“ nicht zuletzt verdankt Sunschuanfang seine Niederlage. Die Verhandlungen zwischen Tsingtao und dem Führer der Kantonstruppen Tsingtao gehen weiter. Der mit Tsingtao liegende Gouverneur Tsingtao-Liangtchang, den Sunschuanfang in den letzten Monaten mit 75 000 Pfund monatlich subventionierte, hat seinen Vormarsch nach Süd-Kiangsu, dem bisherigen Machterreich Sunschuanfangs gehörig, gerichtet. Es läßt sich jedoch nicht übersehen, welche Zwecke Tsingtao-Liangtchang verfolgt. Daß er Sunschuanfang aus der Klemme zu helfen gemeint ist, ist trotz den erhaltenen Subventionen nicht anzunehmen. Tsingtao-Liangtchang wurde vor einem halb Jahren aus Shanghai von Sunschuanfang vertrieben. Nach einigen Meldungen soll zwischen der Schantungarmee und den Kantonen ein Kompromiß getroffen worden sein, in dessen Rahmen der Vormarsch Tsingtao-Liangtchang sich vollzieht. Die Möglichkeit einer solchen Vereinbarung wäre vorausgegeben, aber die Richtigkeit jener Nachricht läßt sich von hier aus natürlich nicht kontrollieren.

Das Hankau-Abkommen.

London, 22. Februar.

Nach den Mitteilungen der Presse enthält das am Sonntagnach abgeschlossene Vertragsabkommen zwischen Eugen Tschen und O'Malley über die Hankau- und Kiukanger Konzession folgende Bestimmungen:

China erhält: 1. Umwandlung des englischen Stadtrats in einen englisch-chinesischen, in dem die Stimme des chinesischen Vorsitzenden den Ausschlag gibt;

2. Fortsetzung der neuen Konzessionsordnung durch China unter gleichzeitiger Benachrichtigung der englischen Behörden.

England erhält: 1. Teilnahme an der Verwaltung der Konzession Hankau, was im Prinzip Anerkennung des Rechtes der englischen Untertanen bedeutet, in Hankau zu wohnen und Handel zu treiben;

2. das Versprechen der Kantonregierung, auch bei den künftigen Neuordnungen in anderen Konzessionen sich nur des Verhandlungsweges, nicht aber der Gewalt zu bedienen.

Schließlich behält England sich vor, mit jeder de facto-Regierung, das heißt nicht nur mit den Kantonen, sondern auch mit der Peking-Regierung zu verhandeln und über seine Truppen zu disponieren, soweit es im Interesse des Schutzes seiner Untertanen notwendig erscheint. Beide Parteien verstehen sich gegenseitig, alles, was in ihrer Macht steht zu tun, um dem Vertrag zu einem Erfolg zu verhelfen.

Das Abkommen verrät deutlich den Willen der Kantonregierung, für die Kämpfe um Shanghai freie Hand zu erhalten. Es bringt beträchtliche Zugeständnisse an China, jedoch auch England darf mit diesem Abschluß gleichermaßen zufrieden sein. Über die Grundzüge des Vertrages war man sich zwischen Tschen und O'Malley schon seit langem einig, nur die Forderung Tschens nach Rücknahme der Shanghaistruppen hinderte den Abschluß. Wenn er diese Forderung jetzt als Bedingung für die Unterzeichnung nicht mehr aufzuerzählen hat, so spielen hier die jüngsten Siege der Kantonstruppen entscheidend mit, die für den Endkampf um Shanghai eine beruhigende Atmosphäre mit England nötig haben. Denn die englischen Kriegsschiffe liegen im Hafen und die Truppen sind unterwegs.

Die russisch-englische Krise.

Eine englische Warnungsnote.

In unterrichteten Kreisen verlautet schon seit mehreren Tagen, daß die Regierung eine Note an Moskau vorbereite, in der gegen die Fortbauer der bolschewistischen Propaganda in England protestiert werden soll. Diese Note ist nun mehr fertiggestellt worden. Sie soll entweder in einer schriftlichen Note oder allgemeine Beschwerde über den Bruch der Propagandalosse des Handelsabkommen mit Russland, und zweitens die Mitteilung enthalten, daß die britische Regierung im Falle der Fortbauer dieser Vertragsverstechungen die diplomatischen Beziehungen abbrechen und das bestehende Handelsabkommen als beendet betrachten werde. Die Note soll unmittelbar abgesandt werden.

*

Über diese Note liegt bisher eine offizielle Auslösung nicht vor; doch sind die Beziehungen zwischen Russland und England äußerst gespannt. Es verbleibt dem Proletariat aller Länder, und in der Borderfront dem englischen die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Ereignisse in China nicht zu einem Konflikt zwischen England und Russland führen. Mit den Warnungsnoten fängt man an, der Bruch der Handelsbeziehungen und diplomatischen Verbindungen kommt hinterher; und was dann folgt, regelt keine Noten.

Der stellvertretende Volkskommissar des Auslands, Litvinoff, hat auf der Tagung des Zentralgekubikomites der Sowjetunion des längeren zu der englisch-russischen Spannung Stellung genommen. Er hat hier erklärt, daß sämtliche Anträge der Sowjetregierung, die englischen Beschuldigungen durch militärische Konflikte zu begründen, nach wie vor von der englischen Regierung abgelehnt werden seien.

Überreicht worden. In dem Berichtsjahr 1924 seien in Preußen unter 473 251 Gefangenen nur 67 Selbstmorde zu verzeichnen, bei der Reichswehr von 100 000 Mann im Berichtsjahr 132, also doppelt so viel, trotzdem die Zahl der Gefangenen fünfmal so groß als die der Soldaten sei. Die Hälfte aller Selbstmorde seien in dem Berichtsjahr in den ersten Dienstjahren eingetreten, und das Alter von 18 bis 23 Jahren verzeichnete weit über die Hälfte aller Selbstmorde. Unter den Gefangen sei alles möglich angegeben worden: dienstliche Behandlung aber nur in 4 Fällen, und auch bei diesen 4 Fällen wurde ausdrücklich erklärt, daß „vorchriftswidrige“ Behandlung der Vorgesetzten nicht vorliege. Hier zeigt das Misstrauen der Sozialdemokratie ein. Insbesondere, wenn man z. B. an bestimmte Bataillone denkt, so an das Jäger-Bataillon in Ulm, wo selbst in der letzten Zeit 5 Selbstmorde eingetreten sind.

Abg. Moses kann dann noch auf das Kapitel Selbstmordhandlungen zu sprechen, insbesondere auf die Zustände bei dem Reiterregiment in Ludwigslust und auf die Gerichtsverhandlung in Schwerin. Es ist Tatsache, daß der Schwadronchef sich um die fortgesetzten Misshandlungen der Soldaten nicht ges kümmert hat, und charakteristisch wäre, daß der Oberstabsarzt, der mehrere verwundete und misshandelte Soldaten in Behandlung befam, keinerlei Schritte unternommen habe. Vorgekehrt, die solche Zustände duldeten, müßten rücksichtslos aus der Reichswehr entfernt werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen fanden nochmal die Verbindungen der Reichswehr zu den Wehrverbänden zur Sprache. Abg. Schöpflin (Sos.) richtete außerdem die Anfrage an den Wehrminister, weshalb immer noch die Anrede „Excellenz“ üblich sei. Gehör erklärte, daß das durch den neuen Chef der Heeresleitung endgültig abgestellt sei. Am Schlus der Sitzung stellte Abg. Künitzer noch den Antrag, Heeresaufträge nur unter der Bedingung zu vergeben, daß die beauftragten Firmen an den Arbeitsstunden lag halten und keine Überstunden arbeiten lassen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volkspartei angenommen.

Reichsbannerkundgebung in Berlin.

SD. Berlin, 23. Februar (Radio).

Das Berliner Reichsbanner veranstaltete am Dienstag anlässlich des Gründungstages des Reichsbanners in der Stadthalle eine eindrucksvolle Kundgebung, an der mehrere tausend Personen teilnahmen. Es fiel allgemein auf, daß sich an dieser Kundgebung auch die Kommandeure der Berliner Schutzpolizei, die Obersten Haupt und Helmannsberg, beteiligten. Außer dem jetzigen Gauführernden von Berlin, Slezig, sprach u. a. der Vorsitzende der Windthorstbünde, Dr. Krohn, der u. a. ausführte: „Solange nicht auch die Arbeiterschaft gleichberechtigt und im Volkspanzer eingesetzt ist, darf unter Wert nicht ruhen, so lange wollen und werden wir zusammenstehen.“ Der Demokrat Erklenz feierte dann noch Hörspiel als den Trommler der Republik. Mit einem Hoch auf die Republik nahm die eindrucksvolle Kundgebung ihr Ende.

Neues Theater.
Mittwoch, den 25. Februar 1927
24. Winters-Berleburg (6. Polizei 6218)
Der Siegende Holländer,
Durch die Künste Gustav Brecher
Spielstättung: Walter Bürgner
Personen: Toland, ein vorwieglicher Seefahrer (G. Obercamp); Seine, seine Tochter (G. Gräflich & v.); Er ist ein Jäger (W. Bölling); Maren, Seines Name (W. Weitendorf-Lehmann); Der Steuermann (Lindemann); Der Schiedler; Der Soldaten (W. Zimmer); Mannschaft des Siegenden Holländers; Matrosen des Vorwärtsgesetz, Wälder.
Ort der Handlung: Die normannische Küste.
Feste nach jedem Aufzuge.
Montag 7 Uhr, Mittwoch 7 Uhr, Freitag 9 Uhr
Freitag, den 27. Februar: Die Säubernde.
Mittwoch 7 Uhr

Neues Theater
Donnerstag, den 4. Februar
67. Komödie vom 6. Februar
—
"Tonny ist eilt auf"

Elites Theater.

Mittwoch, den 23. Februar 1927
Gallspiel des Kurt Weill-Ensembles
unter Beteiligung von Hermann Wallentin
zum ersten Male.
Was sollen wir spielen
oder Hoffnungslos
Komödie in 3 Akten einem Vor- und Nachspiel
von Kurt Weill
Verfasser des Menuette und "Die tote Zonne"
Personen des Vor- und Nachspiels: Der Zechen-
bläser (W. Wallentin); Der Schuhputzer (W. Wallen-
tin); Der Kellner (W. Wallentin); Der Kellner (W.
Steinert); Der Kellner (W. Winter); Der
Tischler (W. Goebel)
Texten des Chores: Der Gerichtspräsident
Gespenster-Sammler (W. Steinert); Sein Freund
Hans (W. Winter); Der Tischaer (W. W. Wallen-
tin); Der Kellner (W. Wallentin); Frau (W. W. Wallen-
tin); Der Kellner (W. Wallentin); Der Kellner (W. W. Wallen-
tin); Die Tochter (W. Winter)
Richter, Gerichtshörner, Tollaffen
Das Vor- und Nachspiel spielt im Bureau eines
Theaters; der erste Akt im Saal des Gerichts-
präsidenten Gaubius; der zweite Akt im Saal des
gerichtshof; der dritte Akt im Saal des Kellners.
Ende 7 Uhr, Mittwoch, den 23. Februar gegen 11 Uhr
Preise der Plätze 60 Pf., bis 600 Pf.
Donnerstag, den 4. und Freitag, den 13. Fe-
bruar. Vollspiel des Kurt Weill-Ensembles: Ge-
neve, Mittwoch 7 Uhr

KONSERVATORIUMS-BAAL
d. 1. tag, den 27 Februar, abends 8 Uhr.
Klavier-Abend von
Friedrich Wührer
Schubert: Sonate op. 143, Beethoven:
Fantasie op. 77, op. 80, op. 80;
Variationen op. 76, Mikaskowsky:
sonate op. 27 (zum 1. Mal); Glinka: Gal-
lite op. 24 (zum 1. Mal); Chopin:
lazurka op. 41 Nr. 3 u. 40 Nr. 3.
Polonaise-Kantinen op. 61.
Konzertstück Julius Büchner
Karten bei Althoff und Jost

Planetarium
im **Zoo**
Neuer Programm:
Sternenwunder des Frühlings
vorführungen montags nachm. 16 Uhr
sonntags vorm. 11 Uhr, nachm. 4, 6, 7 & 8 Uhr.

Fanorama-
Künstlerspiele
Dr. Rudi Galler u. Arno Fix
Heute nachmittag 4 Uhr:
Große Konzerte
und künstl. Darbietungen
bei freiem Eintritt.
Abends 8 Uhr:
Im Zeichnenden Faschings
Die Künstlersp'le/ein Rosenhain
(künstl. sensationelle
Ausschmückung der Räume).
Das Programm des Humors:
Gustav Bertram
mit seiner entzückenden Partnerin
Marga Peter
Fransky
Meister der komischen Tanzkunst
Mizzi Koschek
Wiener Humor
Karl Bernhard
1000 Worte Humor
Dunio & Gegna
Die lustigen Straßenmusikanten.

VOLKSHAUS
Jeden Abend ab 6 Uhr
Hochfeine
Thüringer Bratwurst
vom Rost
aus eigener Fleischerei



Allgemeines Arbeiter-Bildungs Institut.

Sonntag, den 27. Februar, vormittags
11 Uhr, Alberthalle: **8. Sinfonie-
Konzert**, unter Leitung von Prof.
Heinrich Ober, Anreicher 75. Via
Richterstraße 1 — Tel. Jugendliche
und Erwerbslose 40. Plätze, Kartens für
letztere nur an der Kasse erhältlich

Die Frauenwelt

Ist eine unentdeckte,
lange Hölle und
Beraterin jeder As-
tertefrau, d. Frauen
des Angehobenen- u.
mittleren Beamten-
standes. Alle Frauen u.
jungen Mädchen
die sich mit Frauen-
welt befassen müssen
machen die ihnen
hohen geistlichen u.
ideellen Wert für sich
erkannt haben, wollen
sie nicht mehr in
ihrem Hause sitzen
und arbeiten zu dem
großen treuen Vater-
freude der Welt um viele
Sünden wünscht

Die Frauenswelt

es fehlt: 14. Thalia
Jedes Jahr schreibt
die überlebende
Mödenbach
Seit je ist die Frau
ein feines weibliches
enthält außerdem
eine überzeugende, ruhige
Welt-Sonderberichte

Rinderkasten

Preis pro Volt mit
Schnittmusterdrucken

40 Pfennige.

Alle Aussteller und
Händler der Volks-
zeitung nehmen Be-
stellungen entgegen

Leipzigischer Bud- druckerei. U. G.

Saathof, Etz. 18 Et.
Sitz: Tuchfabrik.

KONSERVATORIUMS-BAAL

d. 1. tag, den 27 Februar, abends 8 Uhr.

Klavier-Abend von

Friedrich Wührer

Schubert: Sonate op. 143, Beethoven:
Fantasie op. 77, op. 80, op. 80;
Variationen op. 76, Mikaskowsky:
sonate op. 27 (zum 1. Mal); Glinka: Gal-
lite op. 24 (zum 1. Mal); Chopin:
lazurka op. 41 Nr. 3 u. 40 Nr. 3.
Polonaise-Kantinen op. 61.

Konzertstück Julius Büchner

Karten bei Althoff und Jost

planetarium

im **Zoo**

Neuer Programm:

Sternenwunder des Frühlings

vorführungen montags nachm. 16 Uhr

sonntags vorm. 11 Uhr, nachm. 4, 6, 7 & 8 Uhr.

Fanorama-

Künstlerspiele

Dr. Rudi Galler u. Arno Fix

Heute nachmittag 4 Uhr:

Große Konzerte

und künstl. Darbietungen

bei freiem Eintritt.

Abends 8 Uhr:

Im Zeichnenden Faschings

Die Künstlersp'le/ein Rosenhain

(künstl. sensationelle

Ausschmückung der Räume).

Das Programm des Humors:

Gustav Bertram

mit seiner entzückenden Partnerin

Marga Peter

Fransky

Meister der komischen Tanzkunst

Mizzi Koschek

Wiener Humor

Karl Bernhard

1000 Worte Humor

Dunio & Gegna

Die lustigen Straßenmusikanten.

Tapeten- Körper

et. Beller, 20-4 am

Flossenstr. 44

Eckauflösung.

Möbel

kauften Sie

allerbilligst

in nur guten

Qualitäten

im

Möbelhaus

Soll

Eintritts- her

Markt

(Gosenschänke)

Teilzahlung

bis zu 12 Monaten

24-26

Telefon 66223.

24-26

Telefon 66223.</

Die Klasse Jusitiz auf der Unflagebank

Beitschenhiebe des Genossen Levi.

Berlin, den 22. Februar 1927.

Die Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet. Eine Reihe von Anträgen zur Aufwertungsfrage wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Das Haus sieht die 2. Beratung des Reichshaushalts fort beim Haushalt für Versorgung und Ruhesässer.

Abg. Voßl (Bay. Sp.) behauptet, man könne aus der Denkschrift über die Pensionsauswendungen kein richtiges Bild gewinnen. Die Generäle hätten eine so lange Dienstzeit hinter sich, daß die Höhe der Pensionen verständlich sei. (Unterst. links und Jurist.) Die Mehrzahl der pensionierten Offiziere lebe geradezu im Leben. Wenn im Gegensatz zu Büttow Käptn Schröder noch keine Pensionsanträge gestellt hat, so lag das daran, daß er gar nichts von seiner Berechtigung dazu wußte. Eine Besserstellung der Kriegsbeschädigten sei gewiß wünschenswert, aber die Unzufriedenheit sei in die Reihen der Kriegsbeschädigten erst durch die Forderungen des Reichsbundes getragen worden. (Lebh. Widerspruch links.)

Ministerialrat Kerschensteiner teilt mit, daß die von der Sozialdemokratie verlangte Nachweisung über die während des Krieges beförderten Offiziere in der nächsten Woche vorgelegt werde.

Die kommunistischen Abänderungsanträge werden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, die Regierung solle bis zur dritten Lösung des Staats eine Novelle zum Versorgungsgesetz vorlegen und die Mittel für Kriegsbeschädigtenrenten um 150 Millionen erhöhen, geht an den Haushaltshaushalt.

Der Verfassungshaushalt wird darauf angenommen.

Es folgt die Beratung des Staats des Reichspräsidenten.

Abg. Hoenn (Komm.) beantragt Streichung des Gehalts des Reichspräsidenten: Der Name Hindenburg sei verbunden mit der Zeit höchster Schmach, die das deutsche Volk durchgemacht habe. (Stürmische Plut-Rufe bei der Mehrheit.)

Rechtsjustizminister Hergt erklärt mit zornbebender Stimme, daß die Bekämpfung des Reichspräsidenten nicht an dessen Person heranzieht, er lege im Namen der Regierung Verwahrung dagegen ein.

Der Haushalt wird darauf verabschiedet. Es folgt die 2. Beratung des Reichshaushalts der Justiz.

Der Ausschluß empfiehlt, folgende Entschließung anzunehmen: die Reichsregierung um die Vorlage einer statistischen Übersicht darüber zu ersuchen, an wievielen Personen und welche Beiträge seit dem 1. Januar 1924 die Entschädigungen für unzulässig erklärte Haft gezahlt worden sind und wie lange diese Haft bei den einzelnen Personen gedauert hat.

Rechtsjustizminister Hergt

befaßt sich mit der Vertrauenskrise, in der sich die deutsche Justiz befindet. Aus seinen Ausführungen dürfe man nicht schließen, als ob die Dinge in der Deutschen Rechtsplege etwa noch schlimmer liegen; als sie bisher dargestellt seien. Wir ständen vor einer Entwicklung, die durchaus normal sei, die in der Zeit begründet sei und von der Zeit auch wieder gehobt werden würde. Diese Entwicklung sei eine Folge der sozialen, der staatlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen, in denen wir leben, sie wirkten auch auf den Richterstand ein. Die deutschen Richter hätten sich nicht wie manche anderen Leute von heute auf morgen umstellen können und das gerechte ihnen nicht zur Unehre.

In einzelnen, vielleicht zahlreichen Fällen sei die richterliche Erledigung nicht befriedigend gewesen und habe Unzufriedenheit erregt. Die Reichsregierung gebe diesen Fällen nach. Man solle diese einzelnen Fälle aber auch nicht überhöhen. Wo leidenschaftliche Hege und Lebhaftigkeit festgestellt seien, müsse das Justizministerium sich der Richter annehmen. Es seien doch in den letzten vergangenen Jahren immer wieder dieselben Fälle vorgebracht worden. (Zuruf rechts: Wir haben immer wieder neue Fälle vorgebracht!) Gegen diese künstliche Vertrauenskrise wende der Minister sich, da stelle er sich schägend vor die Richter. Vor allem müsse die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Richter gewahrt werden, das sei in einem demokratischen Verfassungsstaat besonders notwendig.

Die Deutsche Republik müsse doch stark genug sein, um die Unabhängigkeit der Richter zu erkennen und die Regierung werde sic mit allen Mitteln rütteln. (Bravo rechts.) Bei den Begründungsfällen müsse vor allem gefragt werden, ob ihre Erledigung mit der Rechtsordnung in Einklang stehe. Nach einer Unterprüfung der Rechtsgerichtsverwaltung sei festgestellt worden, daß von außerordentlichen Gerichten 3818 Verurteilungen erfolgt seien, davon seien 3088 durch einzelne Gnadenweise erledigt worden. (Hört, hört, rechts.) Wo keine Begründung erfolgt sei, handle es sich um besonders schwere Fälle mit Dynamitanlagen und anderen Komplikationen.

Nach Mitteilung des Reichsgerichts seien dort innerhalb eines Jahres 723 Fälle gegen Mitglieder der Kommunistischen Partei anhängig gemacht worden, aber nur in 44 Fällen sei Anklage wegen Hochverrats erhoben, alle anderen seien durch Einstellung des Verfahrens usw. erledigt worden. Auch das zeige, daß die Angriffe gegen die deutsche Justiz nicht begründet seien. Das ganze Volk habe ein Interesse daran, daß das Vertrauen zur deutschen Rechtsplege wieder hergestellt werde. Die unbefristete Verfassungstreue des deutschen Richterstandes steht fest. Wenn der Vorsitzende mittelle, daß jetzt ein Kommunist wegen Bekämpfung des Reichsgerichts zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, während ein Böllischer wegen Bekämpfung des Reichsgerichts freigesprochen worden sei, so könne man doch daraus auch entnehmen, daß jetzt schon ein anderer Geist bei den deutschen Richtern herrsche. (Stürmischer Widerspruch links.)

Der Justizminister erklärt weiter, daß auch die Deutsche Universität eine wichtige Aufgabe bei der Wiederherstellung des Vertrauens zur deutschen Justiz zu erfüllen habe. An vielen kritisierten Fällen sei das Recht, die Gesetzgebung selbst schuld, die nicht denkbar genug sei. Eine besondere Aufgabe der kommenden Strafgesetzesreform sei es, die Gesetzgebung den veränderten Zeithaltungen anzupassen und dabei muß auch an den Zusammenhang mit den deutschen Brüdern in Österreich gedacht werden. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Levi (Soz.)

stellt fest, daß heute zum ersten Male von einem Rechtsjustizminister festgestellt worden ist, daß die Rechtsprechung sich in der Entwicklung befindet, daß es Zeit braucht, bis sie zu normalen Verhältnissen zurückgeführt sei. Er hat weiter ausgesagt, daß eine ganze Anzahl von Fällen keine befriedigende Lösung gefunden habe, daß eine Kritik der Justiz erwünscht sei und daß eine Vertrauenskrise der Justiz besteht. Ich konstatiere, daß das bestehende Mitleid gegen die Justiz höchstens in die Rechtskreise hinein erstreckt. Das geht schon daraus hervor, daß die Mehrheit dieses Hauses eine so große Materie, wie sie das Arbeitsgerichtsmaß darstellt, dem ordentlichen Gerichtsverfahren entzogen hat. Jahrzehnt ist das Argument gebraucht worden, es handle sich bei dem Mitleid gegen die Justiz, nur um Einzelfälle, aber die Tatsachen, die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes

widerlegt dieses Argument. Ich gebe selbstverständlich zu, daß in Deutschland eine große Zahl von einzelnen Fällen in zureichender Weise erledigt worden ist. Aber an den nicht normalen Konflikten erweist sich erst die tatsächliche Berechtigung des Richters.

Diese Konfliktfälle sind es, an denen sich die tatsächliche Berechtigung des Richters entscheidet.

Und selbst wenn es sich hierbei nur um einzelne Fälle handelt, so findet sie doch entscheidend für die Beurteilung des deutschen Richtertums. Darüber kann es doch gar keinen Zweifel geben, daß in allen diesen Fällen Urteile entstehen, die von der überwiegenden Menge des deutschen Volkes einfach nicht verstanden werden. Der Minister hat hier eine sehr schwierige Rede gehalten, die sich ganz gut für einen Letzterfall des Lokalanzigers eignen würde. Aber mit allen seinen Ausführungen ist er doch an den entscheidenden Tatsachen vorbeigegangen. Besonders bedeutsam ist es, wie er vom Unwollstand gesprochen hat. Er hat gesagt, daß der Unwollstand auch ein Organ der Rechtsplege sei.

Beim Reichsgericht merkt man noch nichts davon, daß die Anwälte als gleichberechtigtes Organ anerkannt werden, dort werden sie eben "auch" nur als Organ der Rechtsplege behandelt.

Keinem Anwalt ist es gestattet, ohne Zeugen den Angeklagten zu sprechen. Dort wird die Praxis gelten, daß ein Justizwachtmeister oder ein unterer Beamter neben dem Anwalt sitzt und Notizen über dessen Gespräch mit dem Angeklagten macht. (Hört hört bei den Soz.) Unwürdig ist es auch, daß ein Anwalt mit Polizeigewalt aus dem Sitzungssaal entfernt wird. Es ist ohne weiteres zu zugeben, daß aus dem Gebiete der Landesjustiz eine gewisse Besserung eingetreten ist. Es besteht aber noch in weiten Kreisen des Richterstandes das Gefühl, daß eine gewisse Überschreitung der richterlichen Beaufsichtigung eintrete. Bei Freisprüchen werden Begründungen beigegeben, die eine moralisch negative Beurteilung des Angeklagten in sich schließen. Der Redner erwähnt den Fall eines jungen Auszubilders vor einem Berliner Jugendgericht, der zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, weil er sich über die ihm erteilte Erlaubnis hinaus in Deutschland aufgehalten hat. In dem Urteil wurde gesagt, daß diese Leute bestraft werden müssen, weil sie den deutschen Arbeitern und Kaufleuten das Brot wegnehmen. Zu den Jugendgerichten werden doch gerade ganz besonders qualifizierte Juristen herangezogen. In diesem Fall sehen wir, daß selbst hier das Unrecht besteht, daß der Richter seine Amtsbeschränkung überschreitet.

Der Redner erkennt an, daß im Falle Haas die Breuhsche Justiz für Abhilfe gesorgt hat und daß auch in anderen Ländern, wie z. B. in Hamburg, alles geschiehe, um das Mitleid gegen die Justiz zu beseitigen. Nur bei einem Gericht, und zwar bei dem Gericht, das unmittelbar der Reichsgerichtsverwaltung untersteht, haben sich die Dinge seit dem vorherigen Jahre um nichts verbessert, sie haben sich sogar noch verschärft. An die Verurteilung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons sind besondere Hoffnungen geknüpft worden. Leider ist das nicht der erste Fall, daß ein Mann, der in ein Amt berufen wird, dort ein anderes Bekennnis abgelegt hat, als er es vorher hatte.

Heute Dr. Simons hat in seiner Münchner Rede den Sozialdemokraten die Qualifikation zum Richter abgesprochen. (Zuruf rechts: Er hat das widergesprochen.)

Nach den Berichten vieler großer Zeitungen kann an dieser Rede kein Zweifel bestehen, Zweifel sind höchstens an dem Dementi gestattet. Im übrigen besteht ja nicht die Gefahr, daß viele Sozialdemokraten zum Richter berufen werden. Mit dem Senatspräsidenten Niedner vom Reichsgericht haben wir uns bisher bei jeder Debatte beschäftigt. Die Denkschrift, die kürzlich in der Weltblätter veröffentlicht worden ist, bedeutet für diesen Mann eine moralische Öhrfeige. — Ein großer Teil dieses Hauses hat deshalb für die Aushebung des Staatsgerichtshofes gestimmt, weil dessen Praxis das deutsche Rechtsgericht mehr geschädigt hat, als irgend etwas, das sonst in Deutschland geschehen ist. Durch die Schulden des Reichsgerichtspräsidenten ist dann der ganze Komplex, den früher der Staatsgerichtshof bearbeitet hatte, dem Senat des Herrn Niedner übergegangen worden und dort führen jetzt die gleichen Leute, die früher diese Dinge abgeurteilt haben.

Es handelt sich dabei vor allem um die Frage des Landesvertrags. Die Auslegung, die der Hochversatzparagraf des Strafgesetzbuches gefunden hat, hat uns jetzt Veranlassung gegeben, einen Antrag zu stellen, der die Regelung der kommenden Strafgesetzesreform vorwegnimmt. Der 5. Senat scheint vor einer völligen Unkenntnis seiner Aufgabe zu stehen. Die Form der Kriegsführung hat sich völlig gewandelt, daher ist auch der Begriff des Landesvertrags anders geworden.

An dem heutigen Kriege nimmt die ganze Bevölkerung und die ganze Wirtschaft teil. Den Krieg führen heute nicht die Soldaten, sondern das Volk und die Wirtschaft. Das heißt also, daß es militärische Dinge, die geheimzuhalten wären, gar nicht mehr gibt. Das Reichsgericht aber läuft sich auf die Gutachten, die ihm die Militärs von der Reichswehr erhoffen.

Diese Militärs leben nichts anderes, als was in ihrem engen Umkreis geschieht und was in ihren eigenen Alten steht.

Sie geben Gutachten ab so, wie sie sich die Welt vorstellen und nicht wie die Welt wirklich ist. Die Militärs aus dem Reichswehrministerium haben vielleicht vielleicht eine geradezu hornierte Ressortfähigkeit. Ihre Gutachten enthalten zum Teil ihre eigene Schande. Allgemeinstaatliche und politische Interessen werden hier leider von einem Oberrechtsanwalt gegenüber den Militärs vertreten.

Der Minister hat gesagt, wir sollten keine "ollen Kamelle" vorbringen. Ich muß aber auch heute wiederum den Fall Bullerjahn erwähnen, und ich werde ihn solange vorbringen, bis dieser Fall erledigt ist. Ich weiß nicht, ob dieser Mann schuldig ist oder nicht. Aber ich sage, daß das auch das Reichsgericht nicht weiß.

Auf Grund von Aussagen von Zeugen, deren Namen selbst der Verurteilte nicht kennt, die ihm nie mitgeteilt worden sind, hat man diesen Mann zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Hört, hört, hört, hört links.)

und daß man dieses Urteil nach einer solchen Prozeßführung fällen konnte, daß man dem Mann nicht die Möglichkeit gegeben hat, dem Zeugen Auge in Auge gegenüberzustellen, das ist das, was uns dabei nicht ruhen läßt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Fürher ist bei Hochversatzunternehmungen die präzise konkretisierte Darstellung verlangt worden. Diese Voraussetzung fällt jetzt bei den Prozeßen, die gegen Kommunisten veranstaltet werden, fort.

Über die Feststellung konkretierter Tatsachen kommt das Reichsgericht hinweg mit einem Formular. In jedem Urteil steht der Sach. die kommunistische Partei, das sei gerichtet bekannt, bereite den Bürgerkrieg mit allen Mitteln vor. Wann hat sich das Reichsgericht dieses Urteil über die KPD. gebildet? (Abg. Rosenberg (Komm.) ruft: Im Frühjahr 1924!) Vielleicht konnte damals noch das Reichsgericht zu diesem Urteil kommen.

Aber das müßte doch auch ein Senat des Reichsgerichts heute wissen, daß sich die tatsächlichen Verhältnisse seit 1923 in der kommunistischen Partei gewaltig geändert haben. Es ist doch eine Tatsache, daß die KPD. sich in einer schweren Krise befindet, daß sie viele Mitglieder ausschließen mußte wegen der verschiedenenartigen Beurteilung gerade der Vorgänge im Jahre 1923.

Es kann sein, daß die KPD. theoretisch noch dieselben Gedanken hat wie 1923. Aber die Theorie wird nicht verfolgt, und kein Theoretiker, und wäre er selbst Kommunist, kann bestreiten, daß die Verhältnisse von 1923 und von heute völlig voneinander verschieden sind und die allerletzte Voraussetzung für ein Hochversatzunternehmen, die wirtschaftliche Fortbildung und die Verschmelzung der Bevölkerung, gegenwärtig und für eine nicht voraussehbare Zeit nicht besteht. Nun liegt der Rechtsjustizminister: Heute in der Roten Fahne hat das noch nicht gestanden. Der Minister will also den Umfang bei anderen Parteien feststellen. Aber aus seiner Praxis muß ihm doch bekannt sein, daß sich solche Umstände durch die Tat vollziehen und nicht durch Reden. (Stürmische Heiterkeit.)

Auf Grund dieser völlig unbalancierten Voraussetzungen kommt das Reichsgericht zu Feststellungen, die für das normale Rechtsgefühl untragbar sind. Ein kommunistischer Funktionär, der für seine Partei wirkt, wird wegen der Teilnahme an einem hochverrätlerischen Unternehmen verurteilt.

Ich erwarte jetzt nur noch das eine, daß ein Kommunist ins Zuchthaus kommt, wenn er Kinder erzeugt in dem Gedanken, der Roten Armee neue Soldaten zuzuführen.

Auch die Sprachpraxis des Reichsgerichts gegen die Presse fordert zu stärkster Kritik heraus. Es kann nicht gelehrt werden, daß die Presse in Fragen der Justiz machende Bedeutung gewinnt. Ich freue mich darüber, daß die Presse ihre Aufgabe in dieser Richtung immer mehr erkennt. Die kritische Mitarbeit der Presse an der Rechtsprechung bedeutet das Entstehen einer neuen Instanz, in vielen Fällen ist es nur auf dem Wege über die Presse möglich, Besserungen zu erzielen.

Ich erinnere an die Fälle Gedenbach, Wandt, Haas, wo durch die Presse Unrecht getan und Unrecht verhütet worden ist. Aber es scheint, als ob die Justiz die Presse als höchste Instanz nicht anerkennen will, als ob vielen Richtern diese Mitarbeit der Presse höchst unangenehm ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Sozialdemokratie hat sich nun veranlaßt geschenkt, einer Antritt auf Wiederherstellung der Schwurgerichte heraus. Es fordert zu stärkster Kritik heraus. Es kann nicht gelehrt werden, daß die Presse in Fragen der Justiz machende Bedeutung gewinnt. Ich freue mich darüber, daß die Presse ihre Aufgabe in dieser Richtung immer mehr erkennt. Die kritische Mitarbeit der Presse an der Rechtsprechung bedeutet das Entstehen einer neuen Instanz, in vielen Fällen ist es nur auf dem Wege über die Presse möglich, Besserungen zu erzielen.

Die Reichsgerichtspräsident hat sich nun veranlaßt geschenkt, einer Antritt auf Wiederherstellung der Schwurgerichte heraus. Wir wissen, daß auch die alten Schwurgerichte manches Urteil gefällt haben, das falsch war. Gerade in der Geschichte unserer Partei sind viele und schwere Fehlerpräkte durch die alten Schwurgerichte gefällt worden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber diese alten Schwurgerichte waren doch geprägt von dem Vertrauen weiter Kreis des Volkes und schon aus diesem Grunde haben wir es als ein Verhängnis betrachtet, daß sie bestellt worden sind. Das ist in einer Form geschehen, die nichts anderes als ein Mißbrauch des Ernährungsgesetzes bezeichnet werden kann. Die Befreiung der alten Schwurgerichte war keine Erspartismahnung, sondern ein lang gegebener Wunsch der Bürokratie. Die verhängnisvolle Wirkung hat sich nun herausgestellt, daß der sogenannte Pale in juristischen Dingen unterschaut ist und er vielleicht Berufung und Revision mit einander verwechselt. Dafür hat er aber in anderen Dingen ein viel gesünderes Urteil als der Berufsrichter. In den alten Schwurgerichten war vorgelebt, daß der Urteilstellung eine juristische Belehrung durch den Vorlesenden in öffentlicher Sitzung vorausging.

Der Landgerichtspräsident Marschner hat aber in einer drei-stündigen Beratung in geschlossenen Zimmern den Schöffen nicht ein Wort der Belehrung gelagt.

Der Redner erklärt zum Schlus: Wir werden nunmehr ein weiteres Jahr abwarten, was dann aus der deutschen Justiz geschehen ist. Hier im Reichstag können wir uns ja in Geduld üben, aber ich fürchte die Hunderte, die vielen Tausende, über die die Maschine der Justiz weiter hinweggeht, sie werden unsere Geduld nicht teilen und nicht verstehen. Wir verlangen, daß die deutsche Justiz endlich endlich gestaltet wird, daß diese namenlosen Leiden endlich beendet werden. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Um 6½ Uhr verlädt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr.

Wirtschaft

Weitere Tatsachen aus der sächsischen Landwirtschaft.

Schon kurzlich berichteten wir an dieser Stelle über die ersten Ergebnisse der landwirtschaftlichen Berufsausbildung in Sachsen, die ganz klar beweisen, daß in aller Stille auch die Rationalisierung in der sächsischen Landwirtschaft durchgeführt worden ist. An Hand zwischenjähriger erschienener Zahlen sind wir heute in der Lage, diese Behauptung weiter zu erläutern.

Die Zahl der mittelgroßen Güter hat abgenommen; gewachsen sind dagegen mit außerordentlicher Stärke (etwa das Vierfache) die Kleinbetriebe bis zu 0,5 Hektar und geringer die bis zu 5 Hektar, die Zahl der Kleinbauerngüter gerechnet werden. Weiterhin ist die Zahl der Güter von 50 bis 100 Hektar etwas gestiegen. Über 100 Hektar gibt es heute weniger Güter als 1907, dagegen ist deren Gesamtarbeiterzahl erheblich (24,2 Prozent) nach oben geschossen.

Besonders interessant ist eine Tabelle des Statistischen Reichsamtes, die der Feststellung der durchschnittlichen Personalstärke in den einzelnen Gütergrößenklassen beigegeben ist. (Wir würden sie abdrucken, wenn sie nicht zu umfangreich wäre.) Danach ist eine genau umgekehrte Bewegung des Personalstandes an dauernd beschäftigten festen Angestellten seit 1907 zu beobachten. Die Zahl der festen Arbeiter in Betrieben bis zu 0,5 Hektar ist von denen der Größenklasse 0,5 bis 2 Hektar übernommen worden. So übernimmt immer die nächsthöhere Größenklasse den früheren Personalbestand der kleineren — bis es sich ungefähr bei 20 Hektar ausgleicht. Von da an lehrt sich die Sache um; die Großbetriebe brachen zwar entsprechend ihrer Ausdehnung mehr Personal, je Hektarzahl des Gutes aber eine starke Verminderung Belegschaft. Diese mit geringen Ausnahmen durchgehende Tatsache beweist klar, daß die kleineren Betriebe nicht mehr mit fremdem Personal arbeiten können, daß die größeren und großen es nicht wollen, sondern an Stelle menschlicher Arbeitskräfte motorische Fahrzeuge der Landwirtschaft also industrialisiert.

Worauf wir ebenfalls schon kurz hingewiesen haben, ist die Linie der Entwicklung der Angestelltenzahl. Bis zu 50 Hektar schwankt die Anstelltenzahl an der Zahl der Gesamtbeschäftigte zwischen 1,5 und 2

76 538 bis 2021! Die Betriebe unter 0,5 Hektar, bei denen man eigentlich kaum noch von Landwirtschaft sprechen kann, beschäftigen und der dauernd mitarbeitenden Familienangehörigen. Man kann wohl annehmen, daß auch nur ein bezahlter Arbeiter hier zu den Solltenhöfen gehört. Dieses Misverhältnis zwischen der Zahl der Betriebe und der der Beschäftigten zieht sich durch das ganze Tabellenwerk. Wir wollen nur eine der vielen möglichen Gruppierungen betrachten: In einer Zahl von 155 707 Klein- und Mittelbauerngütern arbeiten, einschließlich der Besitzer oder Pächter und ihrer dauernd mitarbeitenden Familienangehörigen, nur 270 923 Personen. Auf 27 849 Großgütern arbeiten 214 428 Personen. Auf den Durchschnitt eines Klein- oder Mittelguts kommen also 1,7, auf den des großen Gutes 7,7 Personen, wobei zu beachten ist, daß die knapp 700 Güter über 100 Hektar allein 31 000 Personen, durchschnittlich also 10, beschäftigen.

Auch die hier behandelten weiteren Ergebnisse über die sächsische Landwirtschaft sind längst nicht die endgültigen. Insbesondere vermissen wir zur allgemeinen Beurteilung die Ziffern über Wirtschaftung. Wir haben deshalb nur das wichtigste aus dem schon jetzt ziemlich umfangreichen Material mitgeteilt, das wir später weiter abrunden werden.

Der Außenhandel im Januar.

Der Außenhandel im Januar weist gegenüber dem Dezember nur geringe Abweichungen auf. Eine Zunahme der Ausfuhr unter gleichzeitiger Abnahme der Einfuhr tritt sehr häufig ein, wenn die Konjunktur rückläufig ist und die heimische Kaufkraft versagt. Wenn im Januar umgekehrt eine Steigerung der Einfuhr und ein Rückgang der Ausfuhr stattgefunden hat, so braucht das keineswegs ein Zeichen der Konjunkturverschlechterung zu sein. Aber auch den gegenteiligen Schluss darf man diesmal schon deshalb nicht ziehen, weil die statistischen Veränderungen nicht auf tatsächliche ökonomische Veränderungen zurückzuführen sind, sondern zum Teil auf Eigenarten der statistischen Erhebungsmethoden. Der Außenhandel im Januar zeigt im Vergleich mit den Ziffern von 1926 folgendes Bild:

	Einfuhr		Ausfuhr			
	Jänner	Dezember	Monats-	Januar	Dezember	Monats-
1. Lebensmittel	1927	1926	durchschnittl.	1928	1927	1926
2. Bekleidung und				in 1923 RM. nach Regierungssatzes		
3. Haushalte u. Fab.	14 462	13 770		10 851	818	827
4. Tiere	30 649	34 973		298 221	35 898	32 170
5. Rohstoffe u. halbfertige Waren	564 885	557 415		410 305	190 063	213 633
6. Fertigteile	150 970	141 029		110 223	302 943	303 084
7. Dienstleistungen	1 093 972	1 095 260		829 261	798 322	832 511
					818 177	

Die Einfuhr ist demnach um rund 33 Mill. M. gestiegen, die Ausfuhr um 34 Mill. M. gesunken. Von der Zunahme der Einfuhr entfallen allein auf Kaffee 27 Mill. M., die Kaffee-Einfuhr ist seit Dezember von 17,7 auf 44,1 Mill. M. gestiegen. Es hat aber kaum eine tatsächliche Zunahme stattgefunden, es handelt sich vielmehr um eine statistische Zunahme, die mit zöllnerischen Methoden zusammenhängt. Ohne dies würden die Zahlen der Einfuhrstatistik für Januar gar keine oder nur eine ganz unbedeutende Zunahme gezeigt haben. Die Einfuhr von Waren beträgt 348 Mill. M., gegen 40,3 im Dezember und 48,7 im Monatsdurchschnitt 1926, sie ist also zurückgegangen, während die Rogenzeneinfuhr zugewachsen ist, und zwar von 5,9 auf 9,5 Mill. M., gegen 3,8 im Monatsdurchschnitt 1926.

Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfertigwaren hat um 7,4 Mill. M. zugenommen. Die Zunahme entfällt auf Kaltblut und Rindshäute, Steinlohlen, Säureren und Mineralöle. Die Einfuhr von Textilrohstoffen ist unbedeutend zurückgegangen, die Einfuhr von Textilfertigwaren um 12,8 Mill. M. gesunken.

Bei dem Ausfuhrerfolg muß berücksichtigt werden, daß der Statistik der Außenhandelsstatistik nicht der Monatsdurchschnitt der 27. ist. Eine Woche des von der Statistik erfaßten Monats war also eine Feiertagswoche, in der die Ausfuhrtätigkeit ruhte. Mindestens zum Teil hängt die Abnahme des Warenausports damit zusammen. Bemerkenswert ist der Rückgang der Ausfuhr von Steinkohle, Kohle, Röls und Prezkohle. Die Ausfuhr von Steinkohle ist von 52,2 auf 48 Mill. M. gesunken und steht unter dem Monatsdurchschnitt 1926, der 52,3 Mill. M. betrugen hatte. Anscheinlich ein Zeichen dafür, daß die englische Konkurrenz auf dem Kohlenmarkt sich verschärft hat. Dem Rückgang der Kohlenausfuhr steht denn auch eine Zunahme der Kohlenausfuhr von 3 auf 8,8 Mill. M. gegenüber.

Die Ausfuhr von Fertigwaren zeigt eine geringfügige Abnahme um 2,2 Mill. M.

Klassenkampf und Profitinteresse — auch in Amerika.

Rw. In vollständiger Verkenntung der kapitalistischen Wirtschaft ist in Europa vielfach die Meinung — auch in Kreisen der Arbeiterbewegung — vorhanden, daß der hohe Lohnstandard vieler — seineswegs aller — nordamerikanischen Arbeiter das Ergebnis einer Besonderheit sei, die fernab von allen uns bekannten Gegebenheiten der kapitalistischen Produktion liege und für den Klassenkampf keinen Raum bleibe. In Wirklichkeit liegt zwar ein für uns in Europa bedeutender gradueller Unterschied der Lebenshaltung vor, der seine Begründung im Wesentlichen in den besonderen Verhältnissen eines rohstoffreichen, schwach besiedelten, aber technisch fortgeschrittenen Landes findet, jedoch keinerlei Wissenschaft unterstellt in der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsform und gesellschaftlichen Gestaltung vor. Auch im Paradies Nordamerika räumen die Schornsteine nur, wenn es Profi abweist; doch in Amerika erzeugen die Arbeiter Mehrwert zugunsten des Unternehmers, und auch in Amerika gibt es Klassenkampf, wenn die Tatsache seiner Existenz auch nur langsam in den Reihen einer jüngst begrenzten Gewerkschaftsbewegung anerkannt wird. Ein sprachloses Beispiel hierfür bilden die Ausschüsse des Industrieverbandes der Vereinigten Staaten in der Industrial and Labour Information über das Problem der jüngstigen 40-Stunden-Woche. Die von Ford eingeführte 40-Stunden-Woche ist, wie wir schon aus Grund amerikanischer Profschriften berichteten, für ihn produktionsmäßig vorteilhaft. Andere Unternehmer aber, die ihren Produktionsprozeß nicht in dem Maße wie bei Ford aufstellen und an das Tempo des laufenden Bandes binden können und überdies vielleicht auch mehr wie Ford auf einen ständigen Strom von Arbeitern angewiesen sind, finden die Sache seineswegs vorteilhaft. Typisch ist nun die Begründung, mit der sich die amerikanischen Industriellen gegen die 40-Stunden-Woche wenden. Sie schreiben:

Bei acht Stunden Arbeit an je fünf Tagen bleibt viel Freizeit. Es würde (bei ihrer Einführung) nicht lange dauern, bis höhere Löhne gefordert würden, um die gestiegenen Ausgaben zu decken, die aus den Bedürfnissen dieser verlängerten Freizeit erwachsen. Die Betriebsanlagen, die Billionen Dollars repräsentieren (und daher viel wichtiger sind wie Menschen, die nur Arbeitskraft repräsentieren), könnten vom wirtschaftlichen Standpunkt in einer 40-Stunden-Woche nicht richtig ausgenutzt werden. Die Produktion würde eingeschränkt, die Kosten erhöht. Das Publikum müßte notwendigerweise leiden und der wirtschaftliche Fortschritt würde gehemmt.

Ganz wie bei uns im alten Erdteil wird kultureller Fortschritt dem wirtschaftlichen Interesse nachgeordnet und die leidende Gemeinschaft in den Vordergrund geschoben, wenn es um die Wahrung der dreimal geheiligten Profitepie geht.

6 Prozent Jahresdividende beim Stahltrust.

Die der G.V. vorzuhaltende Halbjahresdividende der Vereinigte Stahlwerke A.G. in Düsseldorf für das Zwischenjahr 1926 ist auf 3 Prozent festgesetzt worden. Der Nettoeinnahmen beträgt 26 457 355 RM.

Helft den Sozialrentnern!

Um die Reform der Invalidenversicherung

Wenn nach einem Worte Biomarks die gesamte Sozialversicherung dem Klassenkampfe der Sozialdemokratie zu danken sei, so sind auch die Verbesserungen derselben lediglich ihr Werk. Stark reformbedürftig ist die Invalidenversicherung, mit der wir uns hier einmal beschäftigen wollen. Die Invalidenversicherung gewährt nach einer Beitragseinstellung von mindestens 200 Wochen — davon 100 Pflichtbeiträge — bei eintretender Invalidität eine Invalidenrente. Sonst wird eine solche vom 65. Lebensjahr an gewährt — gleichgültig ob Invalidität vorliegt oder nicht — bei Leistung von mindestens 200 Beiträgen. Der Begriff der sog. Altersrente ist damit wegfallen. Außerdem werden Rentenbezüger entgeldet, Witwen- und Waisenrente gezahlt. Ferner ist die Invalidenversicherung berechtigt, leider nicht verpflichtet, Heilversuchen zu gewähren und nach ihrem Ermessen sonstige Heil- und Heilmittel zu liefern, die einer Invalidität vorbeugen.

Die Renteneinstellung der Invalidenversicherung besteht aus einer sogenannten Grundrente in Höhe von 14 M. monatlich, zu der ein Reichsausgleich von monatlich 6 M. tritt.

Die Leistungen in der Invalidenversicherung sind trocken Reichs-, zivischen Pflichtleistungen, keine Fürsorgeunterstützung mit Bedürftigkeitsprüfung. Bei dem jetzt vorliegenden Entwurf einer Arbeitlosen-Versicherung verzerrt das Reichsarbeitsministerium einen entgegengesetzten Standpunkt, indem es in der Krisenfürsorge, die zum größten Teile aus Reichsmitteln unterstützt werden soll, die Frage nach der Bedürftigkeit stellt.

Zur monatlichen Mindestrente von 20 M. tritt noch der sogenannte Steigerungssatz, welcher bis nach der Höhe der Vorausgruppe verhältnisweise, die unterste Beitragssmarke verwendet wurde. Land-Arbeiter und Arbeitersöhne, Hausangestellte und verwandte Personen, die einen großen Teil der Rentenbezüger stellen, kommen nur auf 20 M. und weniger darüber. Kein Wunder, daß aus den Kreisen der Rentenempfänger, die seit einigen Jahren in einer größeren Verbund, dem Zentralverband der Arbeitloseninvaliden vertreten sind, dauernd die Wünsche an den Reichstag gelangen, diese niedrigen Renten zu erhöhen. Durch den Kampf der Sozialdemokratie ist seit Wiedereinführung der Goldwährung die Invalidenrente dauernd,

Landbund-Terror.

SBD. Aus Kriegs im Kreis Ost-Sternberg wird ein beschränkter Fall von Landbundterror mitgeteilt. Ein Landarbeiter wurde von einem Landwirt für verbündet entlassen. Worum, sagt das Zeugnis, das folgenden Bericht hat:

Hiermit bestätige ich, daß der Arbeiter X. N. vom 1. 12. 1921 bis zum 1. 2. 1922 bei mir als Deputant beschäftigt gewesen ist. Fleiß und Leistungen waren während dieser Zeit stets befriedigend. Wegen Mangels an nationaler Gestaltung erfolgte die ordnungsgemäße Entlassung.

Ost-Sternberg liegt neben Königsberg in der Neumark. Es ist die Gegend, aus der Herr v. Reuß stammt. Es folgt, wie dort Deutschnationale, Landbund und Junter, was ein und dasselbe ist. Deutschnationale Terror treiben gegen alles, was nicht deutschnational ist. Gegen Gleisgestelle die gesellschaftliche Feinde, gegen Arbeiter die Entlassung und die Achtung; denn auf Grund solchen Zeugnisses erhält der Terrorist in der ganzen Gegend keine Arbeit mehr.

Die Aussperrung der Holzarbeiter in Württemberg.

Die Aussperrung der Holzarbeiter soll in Stuttgart sowie in den übrigen Teilen des Landes am Sonnabend beginnen und dauert etwa 800 Arbeiter umfassen. Die Verhandlungen bei der Möbelfabrik Schöle in Stuttgart sind ergebnislos verlaufen. Verhandlungen vor dem Schöler hatten gestern keinen Erfolg.

Saubere Brüder!

In der Firma Kurt Beuer, Rauchwarenzurichterei in Leipzig-Plagwitz, Sächsstr. 87, haben sich Zustände eingestellt, die weit sind, der Oberschicht unterbreitet zu werden. Der Unternehmer, vor allem der „Herr“ Sohn des Unternehmers erlaubt sich eine Handlungswise, die den tariflichen Rechten der Arbeiter direkt widersetzt. Eine 45 bzw. 48stündige Arbeitstage kommt für sie nicht in Betracht, sie verlangen einfach eine solche von 55 Stunden und mehr. Wer sich gegen diese Unternehmerwillkür wehrt, wird einfach entlassen. Leider haben sich in den Juristen Max Wielke, Konrad Hey, Walter Kellner aus Zwenkau, Erich Kühn, Kurt Kühn aus Köthen, Martin Schmidt aus Kleinmachnow, Herbert Götz, Arthur Roth aus Lindenau und Erich Beyer aus Leuditz Elemente gefunden, denen jedes professionelle Empfehlung abgeht. Sie geben sich zu jeder Handlung her, die der Unternehmer verlangt. Können sie sich nicht durch ihre Arbeit halten, dann versuchen sie durch Schmiede ihre Stellung zu halten. Sie hintergehen diejenigen Kollegen, die auf geordnete Arbeitsverhältnisse hoffen. Kurz vor Arbeitsabschluß suchen sie ihre Kollegen zu täuschen. Sie tun, als wenn sie die Arbeitsstätte verlassen wollen und sehen sich dann einfach wieder auf die Bank, um ruhig nach Arbeitsabschluß weiterzuarbeiten. Die erforderlichen Hilfsarbeiten werden von ihnen in den späteren Abendstunden erledigt.

Ein schöner Erfolg.

Am 10. Februar stand bei der Darmstädter und Nassauischen Filiale, Filiale Leipzig, die neuwählte der Betriebsvertretung ein. Der Betriebsvertreter ist ein freigewerkschaftliches Organisations- und Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten, gelang es trotz skrupelloser Kampfweise der gelben Organisation 3 Kandidaten durchzubringen. Auf die gegenwärtige Organisation — den Deutschen Bankbeamten-Verein, entfielen ebenfalls 3 Sitze. Es gelang der freigewerkschaftlichen Organisation, trotz weiterem Verhandlungsbau im zürdrückenden Jahre, eine Kleinigkeit an Stimmen zu gewinnen, während die Gelben an Stimmenzahl verloren haben. Der Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als die Gegner gemeinsam mit den Abteilungsdirektoren und Professoren in Front standen. Wie überall, so wählen auch bei dieser Bank die Abteilungsdirektoren und Professoren und solche, die es werden wollen, die Liste des Deutschen Bankbeamten-Vereins. Ein Zeichen abgrenzt für die Mentalität der Mitglieder und Anhänger des Deutschen Bankbeamten-Vereins. Fragen sich dieselben, daß es einfach ein Unding ist, einer Organisation anzugehören, die öffentlichlich die Unterstützung der Abteilungsdirektoren hat? Wie kann eine solche Organisation stütze die Angestellteninteressen den Hebel der Auflösung tatkräftig ansetzen?

In eigener Sache.

Gewissen Leipziger Gewerkschaftskreisen gefällt erklärlicherweise die Leipziger Volkszeitung nicht. Weder im allgemeinen noch in ihrem Gewerkschaftsteil. Ihnen gefällt insbesondere auch die Bröckle nicht, die der Gewerkschaftsredakteur der L.B. Goossen Kreis ist, im Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.G. unter dem Titel „Die freien Gewerkschaften in der großen Krise“ hat erscheinen lassen. Sie versuchten deshalb bis vor einigen Tagen „unter der Hand“ den Genossen Kreien und damit die Bröckle einzutreiben, daß die Witwenrente einschließlich 6 M. steigt. Wenn auch langsam gestiegen. Sie betrug noch 1924 monatlich 11 M., stieg dann auf 14 und schließlich auf 20 M. Mindestrente.

Seit einem Jahr liegt dem Reichstag ein Antrag unserer Partei, der vom Reichsgericht bestätigt, vor. Jetzt hat sich der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages endlich bereit gefunden, das Reichsarbeitsministerium zu ersuchen, unverzüglich eine Vorlage einzubringen, die sich mit dieser Frage beschäftigt. Wenn berücksichtigt wird, daß die Angestelltenversicherung, die im Jahre 1912 gegen den Willen der Sozialdemokratie als Sonderversicherung geschaffen wurde, um Hand- und Kopfarbeiter mit zweierlei Maß zu messen, eine monatliche Mindestrente von 40 M. kennt, so ist klar, in welcher Richtung die Erhöhung zu erfolgen hat. Es muß dem Drängen der Sozialdemokratie gelingen, im Laufe der Zeit die Leistungspannung zwischen beiden Versicherungsarten so zu verringern, daß es möglich wird, sie in einer einheitlichen Verhöhung zusammenzuführen.

Die Witwenrente beträgt einen bestimmten Bruchteil der Rente, die der verstorbenen Ehefrau bezogen oder bezogen haben würde. Diese Steigerungssatz ist die Mindestrente einschließlich 6 M. Reichszuschlag auf 14,40 M. festgesetzt. Diese Witwenrente wird im Gegensatz zu den sonstigen Gesetzenheiten der Invalidenversicherung nicht ohne weiteres nach Eintreten des 65. Lebensjahrs gewährt, sondern nur bei vorliegender Invalidität. Es kann daher einzutreten, daß die Witwenrente, die zur Hälfte auch beim Bezug einer eigenen Invalidenrente bezogen werden kann, noch nicht gezahlt wird, obgleich die Versicherter als höherrangiger gehandelt. Auch hier hat die Angestelltenversicherung großzügiger gehandelt. Sie gewährt unter allen Umständen der Witwe ein Witwengeld. Unhaltbar ist ferner der Zustand, der einer großen Reihe von Witwen das Witwengeld verweigert, wenn der verstorbene Ehemann die Witwe beginnt, vor dem 1. Januar 1912 zu sterben oder vor diesem Tage Invalidenrente zu beziehen. Ferner muß der Mitstand befreit werden, der Empfängerin von Witwenrenten, die vor dem 31. März 1925 invalide wurden, die Steigerungssätze verweigert.

Eine große Härte beim Bezug des Kindergeldes ist klar. Unterdrückt wird, das Kind monatlich 7,50 M. Bis zu dieser Neuregelung boten die Invalidenrenten, die vor dem 1. August 1923 invalide wurden, nur 3 M. Kindergeld, die übrigen 7,50 M. monatlich für jedes Kind. Daß ist jedoch auf der anderen Seite der Bezug des Kindergeldes, das immer 10 M. monatlich beträgt, nur noch bis zur Vollendung des 15. Lebensjahrs möglich, während früher diese Rente bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs lief. Es ist dabei weniger wichtig, daß in bestimmten Fällen (Schul- oder Berufsausbildung) diese Kinderrenten bis zur Vollendung des 21. Lebensjahrs gezahlt werden können, denn arme Teufel werden in der Regel nicht in der Lage sein, ihre Kinder etwas lernen zu lassen. Eine grausame Härte ist es auch, wenn Invalidenrenten, die bereits vor dem 1. Januar 1912 invalide wurden, keine Kinder erhalten können. Auch hier muß der Reichstag helfen einzutreten.

Die ungerechtfertigten Bestimmungen, die die Ausreichung der Anwartschaft erfordern, erschweren und ost, trockenhaltender Beitragsleistung, zur Ablehnung einer Invalidenrente führen. Es ist uns klar, daß die Reichsregierung und mit ihr im holden Bereich die bürgerlichen Parteien von der Antragserörterung der Lasten sprechen werden, die entstehen, wenn die von uns vorgeschlagenen Reformen restlos durchgeführt werden. Daß ist zu sagen, daß die Förderungen nicht zu erheblichen Kosten verursachen werden. Die Frage ist nur, ob diejenigen aus Reichsabschüssen oder aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalten zu bestreiten sind. Wäre dem so, daß das Reich mehr freimachen könnte, so müßte durch eine Vermehrung der Beitragssummen und Erhöhung der Beiträge für die Mehrförderung gesorgt werden. Ein Weg, der ohnehin beschritten werden muss, wenn die Landesversicherungsanstalten ihren Ausgaben auch fernerhin gerecht werden sollen. SOKO,

2. Der Genossen Kreien ist, nachdem er vorher der Arbeitenden Jugend seit ihrer Gründung angehört hatte, am 1. Mai 1907 vor Erreichung der vereinseigentlichen Altersgrenze der Sozialdemokratischen Partei beitreten und gehört ihr (bzw. der USPD) seitdem ununterbrochen an. Lebhafter war Genossen Kreien seit 1909 ständiger Mitarbeiter der Neuen Zeit und wurde 1912, nach mehreren Jahren redaktioneller Tätigkeit in der Parteipresse, vom Berliner Hauptvorstand der Partei in das Sozialdemokratische Pressebüro für Rheinland und Westfalen berufen. 2. Der Genossen Kreien ist, ohne je einen gewerkschaftsorganisatorischen Beruf gehabt zu haben, am 1. Januar 1907 dem Deutschen Metallarbeiter-Verein beitreten und hat ihm bis Ende 1920 ununterbrochen angehört. Er mußte damals die Mitgliedschaft im Verband ausscheiden, weil ihm nach der Spaltung der USPD, angehört der Aussichtslosigkeit, als freier Schriftsteller und Redner in seinem Heimatbezirk weiter zu bestehen, von Freunden zu einer konservativen gewerblichen Selbständigkeit verholt wurde, die ihn für längere Zeit nach Übersee führte

Aufwertungsfragen im Landtag.

Mobilisierung der Reichswehr gegen die Arbeiterschaft. — Die wirtschaftige Bürgerblockregierung. — Vertragung bis 9. März.

Sitzung vom Dienstag, 22. Februar 1927

Das Haus hatte sich heute mit Aufwertungsfragen zu beschäftigen. Es lagen ein Antrag der Kommunisten und drei Anträge der „Volksrechts“partei vor. Der kommunistische Antrag, von Kerner vor fast seiem Hause begründet, verlangt Aufwertung der Sparguthaben von 12% auf 25 Prozent. Ausdehnung auf die Fabrik- und Werkspartäsen und Eintreten bei der Reichsregierung aus 100prozentige (!) Aufwertung aller Spar-

guthaben bis 5000 Mark. Die Aufwirler, die ihre Anträge durch den Präsidenten Dr. v. Hammerstein begründen ließen, der eine lange, aber vollkommen unverständliche Vorlesung hielt, forderten Aufhebung der ersten Verordnung zur Durchführung der Aufwertung von Sparguthaben vom 15. Februar 1926 und Erlass einer neuen Verordnung, die bestimmte Richtlinien enthalten soll. Danach sollen als Normal- und Mindestsatz der Aufwertung 25 Prozent gelten, leistungsfähige Sparkassen aber höher aufwerten, Bankunternehmen in diesem Falle wie Sparkassen behandelt werden und dergleichen mehr. Des Weiteren wird die Aufarbeitung der laufenden Aufwertungsachen bei den Zuständigkeiten bis 1. Juli 1927 verlängert und die Vorlegung eines Reichsgesetzentwurfs zum Schutz der Grundstücksvorläufer in der Zeit des Währungsverfalls erstreckt.

Die Deutschen nationalen schickten den Unternehmenskodikus Berg vor, der eine lange Rede hält und dabei sich auch sehr aufwertungsfreudlich geäußerte. „Im Rahmen des Möglichen“ sollte den Inflationsgeschädigten geholfen werden, seine endgültige Stellungnahme will sich der vorsichtige Herr aber für die zweite Lesung vorbehalten.

Ein Regierungsoffizier teilte über den Stand der Aufwertungsachen bei den sächsischen Amtsgerichten am 21. Dezember 1926 folgendes mit:

Vor den ordentlichen Aufwertungsstellen sind insgesamt 140 027 Sachen anhängig geworden. Hierzu sind bereits erledigt 95 037 Sachen, darunter 16 871 durch Vergleich, 4067 durch erklärungsfreie Entschuldigung, 74 900 auf andere Weise, insbesondere durch Aufnahme oder außergerichtliche Einigung. Die Zahl der Rechte bei den ordentlichen Aufwertungsstellen betrug 44 000 und entfällt vor allem auf die großen Gerichte, darunter auf Dresden mit 10 782 Sachen, auf Leipzig mit 10 114 Sachen, auf Chemnitz mit 5510 Sachen. In Grundbuchämtern waren im Jahre 1926 350 000 Eingänge zu verzeichnen. Von diesen Eingängen sind 223 604 erledigt worden. Soweit sie zu Eintragungen in die Grundbücher geführt haben, haben sie 647 943 Einschreibungen erfordert. Außerdem lagen bei Jahresabschluß zu 2775 Eingängen die Eintragungsanträge und zu 8775 Eingängen die Eintragungsverfügungen vor. 23 809 Eingänge hatten noch der Bearbeitung.

Das Justizministerium habe mit allen ihm zur Verfügung gestellten Mitteln bereits 1925 und seitdem fortgesetzt in jeder möglichen Weise auf eine schleunige Erledigung der Aufwertungs geschäfte hingewirkt. Die Anmeldeformen können als erledigt angesehen werden. Die vor den ordentlichen Aufwertungsstellen noch anhängigen Aufwertungsachen werden, wenn man von den Amtsgerichten Dresden, Leipzig und Chemnitz und einer kleineren Anzahl mittlerer Amtsgerichte absieht, in Kürze, spätestens bis Ende Juni 1927 voraussichtlich beendet sein. Die Wiedereintragung geschichteter Rechte in das Grundbuch dürfte bis Ende März im wesentlichen zum Abschluß gebracht werden.

Eine Vorschau, daß bei Hypotheken der Tag der Stellung des Aufwertungsantrages als Tag der Wiedereintragung ins Grundbuch gilt, könne nur durch Rechsgesetz erfolgen.

Abg. Neu (Soz.)

wies zunächst nach, daß die ungünstige Aufwertungsgefecht nicht auf das Konto der Sozialdemokratie zu stehen ist, wie es von der Rechten und den Kommunisten immer wieder behauptet wird, daß vielmehr gerade die Sozialdemokratie diejenige Partei ist, die sich immer für die Enteigneten eingesetzt hat und deshalb ganz selbstverständlich auch für die Inflation geschädigten eingetragen ist. Sie ist eine soziale Aufwertung gewesen und hat deshalb die Dritte Steuer notwendig auf das schätzliche bestimmt. (Zurufe, rechts: Doch!) Wenn die Regierung erfüllt, sie braucht noch acht Tage länger, so kann sie dann immer noch gerade zur rechten Zeit, um mit dem Resultat ihrer Erhebungen in den Ausschusssitzungen aufwartet zu können.

In Wirklichkeit handelt es sich gar nicht um die Erhebungen,

die die Regierung nicht fertig hat, sondern darum, daß die Regierung mit den dringenden Bedürfnissen hat, die neuere Regierungskräfte noch einmal ein hohes hinauszuschieben. (Lebhafte Sehrichtigkeit bei den Soz.) Die Erhebungen brauchten ja gar nicht bei der ersten Beratung dieser Anträge hier fertig zu sein. (Zurufe, rechts: Doch!) Wenn die Regierung erfüllt, sie braucht noch acht Tage länger, so kann sie dann immer noch gerade zur rechten Zeit, um mit dem Resultat ihrer Erhebungen in den Ausschusssitzungen aufwartet zu können.

In Wirklichkeit handelt es sich gar nicht um die Erhebungen, die die Regierung nicht fertig hat, sondern darum, daß die Regierung mit den dringenden Bedürfnissen hat, die neuere Regierungskräfte noch einmal ein hohes hinauszuschieben. (Lebhafte Sehrichtigkeit bei den Soz.) Die Herren von der Wirtschaftspartei haben durchaus gerechnet, daß Sie das hier abweichen würden. Über wenn Sie es auch nicht offen erklärt haben, so haben Sie es doch mit solcher Deutlichkeit durchblättern lassen, daß es die Spuren von allen Dächern pfeilen. Es ist durchaus so, daß Sie das dringende Bedürfnis haben, die Regierungskräfte, die erste mit Käse in jo noch nicht vorbei, und die zweite haben Sie erneut, unter allen Umständen zu verteidigen. Sie möchten die Sache hinausschieben. (Zurufe bei der Wirtschaftspartei u. a.: Wir lassen uns nicht ausschließen!) Sie wollen so die neue Erhöhung dieser Kleinbürgerlichen, politisch unsfähigen Regierung hinausschieben und vermeiden. Wir müssen uns deshalb mit aller Entschiedenheit dagegen wenden.

Wir werden uns aber auch deshalb dagegen, weil wir neben anderen Sachen, die noch zu verhandeln wären, die landwirtschaftlichen Fragen und andre Anträge schon auf einer Tagesordnung haben, an denen Erledigung wir ein dringendes Inter-

esse haben. Die Herren von den Regierungsparteien haben ja kein Interesse daran. Ich erinnere daran, daß die Deutschen Nationalen Volkspartei den Antrag gestellt hat wegen der Ministerpensionen, und daß der Antrag so abgeändert worden ist, daß er letzten Endes auf eine Korruption der Minister durch Gewährung von hohen Pensionen hinzufließen soll, denn man will das Ministerpensionsgesetz ändern, will aber den Herren, die jetzt in der Regierung sitzen, die höhere Bezahlung des alten Ministerpensionsgesetzes noch zuschlagen. (Zurufe rechts: Das ist doch selbstverständlich!) Das ist eine so außerordentlich wichtige Ercheinung, daß wir ein Interesse daran haben, bevor etwa die Regierung abtritt oder bevor der Landtag etwa auseinanderfliegt.

Dazu kommt noch das andre, was der Präsident allerdings schon abgewehrt hat, indem er gesagt hat, wenn die politische Konstellation sich so ergibt, daß wir zu den Fragen wirtschaftlicher Art Stellung nehmen müssen, dann der Landtag sofort zusammengetreten werden kann. Uns ist mitgeteilt worden, wenn auf wiederum nicht offiziell, aber wir haben davon erfahren (Zurufe rechts: Gute Beziehungen!), daß

die Reichswehr in Bereitschaft gehalten wird, um sie für den Fall, daß die Unternehmer glauben, sie wird gebraucht, die Reichswehr gegen die streikenden Arbeiter einzusehen. (Hört, hört links.) Die Reichswehr ist seit ein paar Tagen in Bereitschaft gehalten worden. (Abg. Kaiser: Das muß sie immer sein!) Sie darf die Kaiser nicht verlassen.

Die Artillerieabteilungen der Reichswehr haben Bereitschaft angeordnet bekommen, sich bereitzuhalten, evtl. nach Leipzig zu marschieren bzw. transportiert zu werden.

Das sind Sachen, die uns als Landtagsabgeordnete eine so verdenkliche wirtschaftliche und politische Situation zeigen, daß wir aus dem Verantwortungsgefühl der Bevölkerung gegenüber uns unter keinen Umständen darauf einlassen können, jetzt in dieser trübsamen Situation einer Vertragung zuzustimmen. Wir haben keine Rücksicht auf die besonderen persönlichen Bedürfnisse einer Regierung zu nehmen, die sich nur durch solche Schiebeereien an Rudern halten kann und die Interessen der Arbeiterschaft, die wir hier zu vertreten haben, dadurch zu gefährden, daß wir angesichts der Situation, in der wir uns befinden, der Bedrohung der Arbeiter durch die Reichswehr entgegenkommen und dadurch die schweren wirtschaftlichen Kämpfe, in denen sich die Arbeiterschaft befindet, zu ungünstigen Ergebnissen bringen.

Der Kommissar Bötticher wandte sich ebenfalls gegen die Vertragung und erklärte dabei, daß auch die Chemnitzer Polizei in ständiger Bereitschaft gehalten werde. Dagegen war der Sozialist Wirth für den Vorschlag des Vorstandes, weil der Präsident in der Lage sei, jederzeit den Landtag zusammenzurufen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde darauf beschlossen, die nächste Sitzung erst am 9. März abzuhalten.

Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 24. Februar. Wirtschaft. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Woll- und Baumwollpreise; amerik. Metallmedaillen des Vorabends, 12,50 und 1,30 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen, 2,45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del. Rollz, 3,25 Uhr: Berliner Deisen amtlich, Berliner Produzentenbüro amtlich, 4 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Wiederholung von 2,45 und 3,25 Uhr und die laufenden Produzentenbüro, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot, 4,10 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft, 5,15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen bzw. Werberesümme, 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Letzte Notizen, Unterhaltung und Belohnung, 10,05 Uhr: Rundfunk, Weiterblend und Schneckebericht, 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms, 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt, 11,45 Uhr: Wetterdienst und -Vorausgabe (Deutsch und Esperanto) und Schneckebericht, 12 Uhr: Mittagskonzert des Leipziger Sinfonie-Orchesters, Dirig.: H. Weber, 12,45 Uhr: Nauner Zeitschriften, 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht, 3,30-4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin, Dr. Wiener: „Die akademischen Berufe, Studium und Aussichten.“ 4,30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters, Dirigent: Hilmar Weber, 6,05-6,20 Uhr: Aufwertungsrundfunk, 6,30-6,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin, G. von Scherer und C. M. Allert: Spanisch für Fortgeschritten, 6,55 Uhr: Wettervoraus, Sage, Schneckebericht und Zeitangabe, 7-7,30 Uhr: Prof. Dr. Julius Zettler: „Max Klinger.“ Das Zeitalter Beethovens im Spiegel der Kultur, 8. Abend, 7,30-8 Uhr: Vortrag: Dr. Valerian Tornius: „Schauspiel und Oper.“ 8 Uhr: Leonore. (Erste Aufführung des Fidelio.) Zugleich Übertragung auf die Szenen Dresden und Stuttgart. Oper in 3 Akten. Text nach Bouilly von Joseph Sonnleithner. Musik von Ludwig van Beethoven. (Zuerst aufgeführt im F. L. Theater an der Wie am 21. November 1805)

Eiternde Wunden

heilen schnell mit Chinosol. Versuchspackung 60 Pf. in allen Apotheken und Drogerien.

Hübsch han sie's hier eingerichtet, sogar zwei Regenschirme am Fenster und das Bild vom Herrn Jesus is auch nicht schlecht.

Aus einem Zimmer, aus dem das Klappern von Löffeln und Klirren von Tellern drang, trat abermals das Dienstmädchen und sagte zu Schwejk:

„Frau is gesagt, daß sie hat fa Zeit, wenn was is, das mir geben und sagen.“

„Also,“ sagte Schwejk feierlich, „der Frau ein Brief, aber halten er aufzuden.“

Er zog den Brief Oberleutnant Lukas heraus.

„Ja,“ sagte er, mit dem Finger auf sich zeigend, „Antworten waren hier im Vorzimmer.“

„Was lebt du dich nicht?“ fragte Bodischka, der schon auf einem Stuhl an der Wand saß, dort hast du einen Stoff. Wicht hier stehen wie ein Bettler. Erlebdeg dich nicht vor dem Magnaten. Weist lehn, daß wir Scherzen mit ihm haben wenn, aber ich han ihm eins herunter.“

„Hör mal,“ sagte er nach einer Weile, „wo hast du deutsch gelernt?“

„Von selbst,“ antwortete Schwejk. Wieder war eine eine Weile still. Dann hörte man aus dem Zimmer, wohin das Dienstmädchen den Brief getragen hatte, großen Lärm und Geschrei. Jemand schlug mit etwas Schwerem auf den Boden, dann konnte man deutlich erkennen, daß dort Gläser klirren und Teller versplitten; in das Klirren der Scherben mischte sich das Gebell: „Wasom azayat, basom azayat, basom azayat, basom azayat, basom azayat.“

Die Tür stieg auf und ins Vorzimmer stürzte ein Mann in den besten Jahren mit der Serviette um den Hals und schwante den feinen abgezogenen Brief hin und her.

Der Tür zunächst sah der alte Sapour Bodischka und der aufgeregt Herr wandte sich auch zuerst an ihn.

„Was soll das heißen, wo ist der verschleierte Kerkel, der diesen Brief gebracht hat?“

„Nur lachte,“ sagte Bodischka, indem er sich erhob, „brüll uns hier nicht viel herum, damit du nicht herausfliegst, und wenn du wissen willst, wor den Brief gebracht hat, dann frag dort den Kameraden. Aber sprich anständig mit ihm, sonst bist du eins zwei hinter der Tür.“

Nun war es an Schwejk, sich von der schwungvollen Verabschiedung des aufgeregten Herrn mit der Serviette um den Hals zu überzeugen, der allerlei unsinniges Zeug schwatzte, darunter auch, daß sie gerade zu Mittag gegessen hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk.

Von Jaroslav Hašek.

Copyright by Adolf Synek, Prag 1926.

50]

„Die Magnaten sind mit einem Wort ein Gesindel,“ schloß der alte Sapour Bodischka, worauf Schwejk bemerkte: „Münchner Magnat kann auch nicht dafür, daß er ein Magnat ist.“

Während dieses jessenden und lehrreichen Gesprächs standen Schwejk und Bodischka schließlich die Eisenhandlung Herrn Kalotzki in der Soproni uic 16.

„Du sollest doch nur lieber hier warten,“ sagte Schwejk zu Bodischka vor der Einfahrt des Hauses, „ich lauf nur in den ersten Stock und gib den Brief ab, wart' auf Antwort und bin gleich wieder unten.“

„Ich soll dich verlassen?“ meinte Bodischka verwundert, „du kennst nicht die Magnaten, ich sag' dir's fort. Hier müssen wir aufpassen. Ich wer' ihm eins aufhauen.“

„Hör mal, Bodischka,“ sagte Schwejk ernst, „hier handelt sich's nicht um einen Magnat, hier handelt sich's um seine Frau. Ich hab' dir das doch alles erklärt, wie wir mit der tschechischen Kellnerin gesessen sind, daß ich einen Brief von meinem Oberstafianant trug' und daß es ein großes Geheimnis ist. Römisch mein Oberstafianant hat mir doch ans Herz gelegt, daß davon keine lebendige Seele wissen darf und deine Kellnerin hat doch selbst geagt, daß das ganz gut ist, daß das eine dialecte Sache ist. Römisch daß es niemand erfahren darf, daß sich der Herr Oberstafianant mit einem verhexten Weibsbild Briefe schreibt. Und du selbst hast es auch gelöst und dazu mit'n Kopf genügt. Ich hab's euch doch erklärt, wie sich's gehört und gehabt, daß ich den Befehl meines Oberstafianants genau ausführen will, und auf einmal willst du mit alter Gewalt mit hinaufgehn?“

„Du kennst mich noch nicht, Schwejk,“ antwortete ebenfalls sehr ernst der alte Sapour Bodischka, „wenn ich schon mal gesagt hab', daß ich dir beigeleit', so merk dir, daß mein Wort für hundert gilt. Wenn zwei geh'n, is es immer sicherer.“

„Davon, Bodischka, wer ich dich abringen. Weißt du, wo auf'n Weichbahn die Nellengasse is? Dort hat der Schlosser Bodischka seine Werkstatt gehabt. Er war ein ehrlicher Mensch und eines Tages, wie er vom Flamendieren nach Hause gekommen is, hat er sich noch einen Flamender zum Schlafen mitgebracht. Dann is er lang und breit gelegen und jeden Tag, wenn ihm seine Frau die

Wunden am Kopf verbunden hat, hat sie ihm gesagt: „Siehst du, Toni, wenn ihr nicht zwei gekommen wäre, hättest du einen Krawall gegeben und ich hätte dir nicht die Dezimalmiete auf Kopf geworfen.“ Und er hat dann, wie er schon sprechen kann, gesagt: „Hast recht, Mutter, bis ich nächstens wohin geh', wer ich niemanden mitzieh'“

„Das mögt' noch so fehn,“ kreiserte sich Bodischka, „das uns dieser Magnat noch was an den Kopf werfen wollt'. Ich pac' ihn am Hals und werf' ihn vom ersten Stock die Stiegen herunter, daß er fliegen wird wie ein Schrapnell. Auf diese magnatishen Kerle muß man hart kommen. Was Ihr machen mit ihnen.“

Bodischka, du hast doch nicht so viel getrunken. Ich hab' zwei Viertel mehr gehabt wie du. Überleg' dir nur das eine, daß wir keinen Skandal machen dürfen. Ich bin dafür verantwortlich.“

„No, also komm mit,“ entschied Schwejk, „aber vorsichtig geh', damit wir keine Unannehmlichkeiten ham.“

„Für keine Angst nicht, Kamerad,“ sagte Bodischka leise, als sie auf die Treppe zukrachten, „ich hab' ihm eins herunter.“

Und noch leiser fügte er hinzu: „Du wirst sehn, dieser magnatische Junge wird uns keine Arbeit geben.“

Schwejk klingelte und Bodischka sagte laut: „Eins, zwei und er fliegt die Stiege herunter.“

Die Türe wurde geöffnet, ein Dienstmädchen erschien und fragte magnatisch, was sie wollnchten.

„So tu dom,“ sagte Bodischka verächtlich, „sehn tschechisch, Mad!“

„Verstehen Sie deutsch?“ fragte Schwejk.

„A pischen.“

„Also sagen Sie der Frau, ich will die Frau sprechen, sagen Sie, daß ein Brief is von einem Herrn, draußen im Gang!“

„Ich wunder' mich über dich,“ sagte Bodischka, hinter Schwejk ins Vorzimmer treibend, „daß du mit so einem Luder sprichst.“

Sie standen im Vorzimmer, schlossen die Türe und Schwejk bemerkte nur:

Gewilletton

Mittwoch, 23. Februar 1927

Konfetti.

Von Henry Boulaillé.

Gleich nach dem Frühstück ist Peterchen fort — die Königinnen zu sehen . . . Oh, nur so — der Nose nach — Welch ja gar nicht, wo er es erblicken könnte.

Traurige Hoffnung! abscheuliches Wetter. Seit zwei Tagen schnell ist noch am Morgen rechnet man mit der Möglichkeit, den Zug auf Sonntag verschieben zu müssen. Zum Glück wird es gegen zehn Uhr klarer, trockener Frostwetter.

Peterchen weiß, daß die Königinnen der Königinnen einen schönen Mantel mit Hermelinbesatz tragen wird.

Was ist Hermelin? Er hat keine Ahnung. Aber bald wird er ja alles genau erfahren.

Der Zug soll auch über den Boulevard Saint-Germain, die Place de la Concorde kommen. Sein kleiner Kopf hat nur diese zwei Punkte der Marschrouten behalten. Aber wie dahin gelangen? O Gott . . .

Er wohnt im Bezirk Montrouge, neben dem Ir von Orleans. Zuerst geht er ganz gerade aus — so erreicht man die innere Stadt, denkt er. Dann läuft er sich von der wogenden Menge verleiten — schwenkt nach links ab. Nun ist er auf dem Boulevard Saint-Germain. Aber die Wagen sind eben vorüber. Väter und Mütter verkleidete Kinder spazieren. Er hört ein kleines Mädchen sagen: Jetzt gehen wir uns die Masken anschauen. Der Vater antwortet: Ja, auf den großen Boulevards.

Natürlich! Da will Peterchen auch hin — die großen Boulevards! Masken!

Ein wenig enttäuscht ist er ja. Aber soll er weinen, weil er die Königinnen nicht gesehen hat? Nützt ja nichts. So trotzt er hinter den Leuten her.

Die Boulevards sind ganz schwarz von Menschen. Man kommt nur schwer vorwärts. So gut es geht, bahnen Schuhkneule einen Weg für Automobile und Autobusse. Ganz beläuft fängt Peterchen zu gähnen an. Nie im Leben hat er so 'ne Masse beisammen gesehen. Schütteltes Lachen, Gelang, Gelang! gelingt ihm in die Ohren. Alles nichts, was er bisher gesehen, vermag er dies Gefühl zu vergleichen. Er traut seinen Augen nicht. Doch wird er von den Wellen davongetragen. Ein lustiges Konfettischaumkäsel begann.

Mitten durch die Menge in Sonntagskleidern, brüllend, singend, die Masken. Da gibt's Hattekins, Gondolarm, Musketiere, Soldaten aus alter Zeit, Marquisen. Eine Zauberwelt.

Und die Konfetti fliegen nur so durch die Luft. Gern wollte das Kind, die Leute schaufen ein wenig fort — es möchte den schönen Teppich aus der Nähe angucken. Millionen von kleinen bunten Blümchen. Aber das ist ja unmöglich. Also wozu sich's wünschen?

Lachen steigt zum Himmel auf wie ein einziger starker Ruf der Freude über das Leben. Peterchen ist voller Glückseligkeit. All diese Leute scheinen so froh. Auch er ist froh. Vergißt, daß Mutter nicht mal die paar Sous gehabt hat, um ihm eine Maske oder eine falsche Nase zu kaufen. Einmal lehnt er sich an eine Mauer . . . lange bleibt er so, seine Augen trinken das immer wechselnde Bild. Dann fährt er Mut — marschiert weiter.

Von Zeit zu Zeit bläst er sich, hebt ein leeres Säckchen auf. Diese kleinen bunten Papiersecken sind für ihn von ungeheurem Wert. Was kann man nicht alles daraus machen: Säcke für die Marmeln, Pappensieder. Peterchen wäre vollkommen zufrieden — wirklich —, aber wie er sieht, daß die Kinder und die Erwachsenen einander mit Konfetti bewerfen, möchte er es eben auch für sein Leben gern genau so machen. Doch das kostet viel Geld, und er hat keinen Sou.

Händler haben ihre Körbe auf Handwagen gestellt oder lehnen sie an geschlossene Kaufläden an. Sie verkaufen ganz fertige Säckchen um ein oder zwei Franken oder im Detail — zehn Sous das Glas. Die Gläser stehen längs des Wagenrandes. Vor einem dieser Händler bleibt das Kind stehen. Denkt nach — eine, zwei Minuten. Fährt einen erneuten Entschluß. Ruft den Augenzettel, da der Verkäufer mit Kunden beschäftigt ist, und stiftet eine Handvoll — dann zwei, dann drei, füllt seine Tasche mit Konfetti, bedauert nur, daß sie alle von der gleichen Farbe sind — aber hat Peterchen ein Recht, den Schwierigen zu spielen?

Der Händler hat ihn nicht bemerkt, die Vorübergehenden wohl, aber sie lächeln und verraten nichts.

Zuerst ist er ein wenig ängstlich, dann schaut er, daß er fortkommt. Steckt die Hände in die Taschen, umschleicht mit den Fingern fest die lästige Beute. Dann — wirft er! Eine Frau kriegt die Ladung, brummi, schüttelt sie ab.

Der Junge versteht. Er ist ärmlich gekleidet, schlecht gekämmt, hat nicht mal eine Mütze.

Die Frau ruft ihm zu: Elefant — hast sie gewiß vom Boden aufgefunden!

Peterchen erwidert und läuft weiter. Man will also nicht haben, daß auch er spielt. Die neue Enttäuschung brennt bitter.

Beschämmt und traurig zieht er seinen Weg fort — da schlägt ihm ein kleines Mädchen, als Marktenderin verkleidet, die Hälfte ihres Säckchens auf den Kopf. Das heitert ihn wieder auf. Mit einem jährlichen Blick dankt er dem Kind — es hat ihn nicht aus dem Bereich der Freude gejagt . . .

Jetzt sind die Masken schon weniger zahlreich — die Boulevards nicht mehr so lustig. Allmählich fühlt der Junge, wie seine Beine müde werden. Dunkel wird ihm die späte Stunde bewußt. Er fürchtet, nicht mehr heimzufinden, wenn er noch länger zaudert. Reht um.

— Wo ist der kürzeste Weg in der Richtung nach Montrouge, bitte? fragt er einen Vorübergehenden.

Der Mann staunt. — Was! So weit? — Ja, am Tor von men? — Ja. — Und wie alt bist du? — Bald neun. — Mutter weiß wohl nichts davon? — O nein. — Na, du wirst schön kriegen. Orleans — Tausch, sagt der Mann und bittet ganz allein herzlos. — Vielleicht, meint Peterchen. — Aber regt sich nicht weiter auf. — Der Fremde führt ihn bis an die Ecke des Boulevards Saint-Denis. — So, jetzt immer gerade aus und dann sagst du weiter. — Tanke, ich erkenne schon die elektrische Straßenbahn. — Der Mann muß lachen, greift in die Tasche, zieht einen saßen Sac Konfetti heraus. — Da hast, hiel damit zu Hause. — Der Junge dankt übermäßig und zieht los. — Hätte besser getan, dem kleinen die Elektrische zu zahlen, denkt der Bürger . . .

Peterchen überdenkt seinen Tag. Alles in allem genommen — nicht übel. Er hat Masken gesehen, Konfetti geworfen — und auch er wurde beworfen. Hat noch Konfetti in den Taschen. Einige Stunden lang hat er im Traumland gelebt, wo jedermann lachte . . .

— Der Weg ist lang. Endlich erkennt er die Straßen — ist in seinem Bezirk. Wie an der Petersstraße vorbeizieht, schlägt es leicht. Ihr. Bald wird's Nacht sein. So spät — das hat er nicht gedacht. Was wird Mutter sagen? Da hat er eine gute Idee.

„In Schönheit“ zu Hause einzischen. Peterchen geht in eine Lorenfahrt und schlägt sich alle Konfetti, die er hat, über Kopf und Kleider. Bleibt vor einem Auslagefenster stehen und betrachtet sich. Rötelchen, Haare sind voll von grünen, violetten, gelben, orangefarbenen Punkten.

— Bin ich nobel! Niemals noch ist er so glücklich gewesen. Nein — niemals noch, seit er denten kann . . .

Und das Herz von Freude erfüllt, die ihn warm macht, geht er nach Hause, langsam und vorsichtig, damit ihm seine Konfetti nicht herunterfallen . . .

(Berechtigte deutsche Uebertragung von Anna Nussbaum.)

Die großen Kartoffeln der Akademie.

Diese Dichter haben 50-jährigen Schuh nötig. Jeder blamiert sich, so gut er kann. Aber die preußische Dichterakademie kann es noch besser. Einmal schon nahm sie Gelegenheit, für 50-jährige Halt aller Geistesgüter im Privatbesitz zu plädieren. Nun hat sie im gleichen Sinne noch etwas von sich gegeben. Allen Autorenverbänden, wissenschaftlichen Selbstorganisationen oder wie sie heißen mögen sei es unbenannt, für Preissteigerung, Innungszwang und sonst etwas einzutreten. Wie das ja auch die Verbände der Schmiedefabrikanten oder Kohlengummierzeuger zu tun pflegen.

Aber die Dichterakademie war doch wohl eigentlich etwas anderes. Man hörte da doch von geistigem Kreislauf, von Repräsentanten deutscher Kulturgüter. Jedenfalls die dort vereinigten Poeten und Literaten seien nicht als Privatunternehmer literarischer Bedarfserzeugung auf ihren Sesseln, sondern als die vertrauten Berater einer hohen Regierung. Man hört zwar nicht auf sie, aber sie dürfen doch, wie es bei Schmuz und Schund war, wenigstens unbeachtet mal den Mund aufmachen.

Politisch wirkt es nun, wenn sie sich diese Freiheit auch in einer Sache nehmen, an der jeder einzelne Akademiker mit seinem Geschäftsinteresse beteiligt ist. Denn sie hoffen natürlich alle, nicht nur noch 30, sondern auch noch 50 Jahren am literarischen Himmel noch zu glänzen. Dieser hohe Wahn soll einstweilen seinem genommen werden. Aber ihre eigene Promotions-Augelegenheit mit dem falschen Pathos der Objektivität zu behandeln, diesen Schaden hätten sie den geistigen Reputation ihres Landes und ihrer Zeit doch nicht antun dürfen. Muß denn alles Taktgefühl vor die Hunde geben, sobald heute einer für sich ein gutes Geschäftchen oder auch nur ein vermeintlich gutes willt?

Weil sie egoistisch für sich selber reden, reden sie auch so schlecht, daß man eine Stunde Akademischkeiten verordnen möchte.

Also, jeden anderen Besitz läßt der Gelehrte auch den spätesten Erben augute kommen? He, ihr Groß- und Kleinritter, wollt ihr vielleicht auch enteignet werden? Wo nicht, so stimmt für 50 Jahre. Über soll denn das Vermögen dieser armen Dichter und Denter eingezogen werden? Nein doch, ein Sonderrecht, das vor wenig mehr als 100 Jahren noch gar nicht bestand, soll 50 Jahre nach ihrem Tode, aber nicht noch länger währen. Jeder Mensch durfte früher weit erlauchtere Geistesprodukte bei Beziehungen ihrer Urheber nachdrucken. Heute können sich noch Enten von großerlei schen durchflütern, wenn ihnen selbst schon vor Jahrzehnten die Würmer begnügen. Ihr aber seid noch nicht zufrieden, weil eine Anzahl anderer Männer, deren literarische Gesamtproduktion nicht einmal ebensoviel wie die der deutschsprechenden und der übrigen dreihundert Länder ausmacht, 50 Jahre gewähren, und wollt darum auch euren Schmuck und Schund, sowie alle besseren Sachen, noch für 50 Jahre im Grabe in der Hand behalten.

Gegenüber der Behauptung (muß' heißen Tatsache), daß es verhältnismäßig nur wenige Werke sind, die ihre Urheber um 50 Jahre überleben, stellt das sogenannte Gutachten „fest, daß es nicht auf Jahren, sondern auf die grundfäßliche Frage anfalle“. Da stellt es einen Unsinn fest, denn damit ein paar Menschen bequemer leben, die kein anderes Verdienst haben, als daß sie von jemandem abstammen, braucht man doch nicht die übrige Menschheit auf 20 Jahre zu bestehlen.

Jeder Mensch weiß, daß nach dem Freiwerden eines Autors seine Bücher bedeutend billiger zu haben sind. Der Leipziger Verleger Kirsch hat in einer fröhlich erscheinenden Broschüre klare Zahlen für diese Tatsache angeführt, die ohnehin jedem vollständigen Mitteleuropäer bekannt ist. Über „die Erfahrung lehrt die Unrichtigkeit dieser Aussöhnung“, stammelt die Akademie. Einen Schulbuben würde man in diesem Falle wegen mangelnder Wahlstillsiede bestrafen.

Patente sind, auch das findet man bei Kirsch, auszudenken, weit kürzere Zeit geschnürt. Macht nichts, meldet sich die Akademieklasse im Chorus, da das Geistige-neue mit dem Technischen-neuen nicht gleich gesezt werden kann. Das ist zunächst mal eine Ungelegenheit gegen alle Erfinder und Techniker, eine kindliche Annahme der Rechtschmiede, der Romanenfels und gar der Schwanenautoren. Der drahllose Telegraph, das Flugzeug obwohl die Röntgenstrahlen waren natürlich mit dem Hintern zu machen. Der Kopf kommt dabei feiern. Er scheint es aber mehr bei Akademieklärungen zu tun.

Endlich gibt es noch einen hübschen kleinen Pferdeschwanz. Unfers Poetenclub ist nämlich um die Lage der lebenden geistigen Arbeiter besorgt, „da die nicht mehr geschützten Urheber mit den ihrigen in einen häufig erdrückenden Weltbewerb tränen“. Nun, liebe Ruhholz, anstatt solche geistigen Arbeiten zu machen. Wenn die ewige, wenn die Weltliteratur mehr als die flache Tagesproduktion gesehen wird, — Welch ein Gewinn für meinen Staat. Wenn aber auch die Dichtungen, die aus der Zeit für die Zeit geboren sind, von der Produktion der Voräder unnütz gemacht werden sollten; nun in des Teufels Namen, dann erlässt euren politischen Bankrott und macht die Bude zu, nicht nur die Akademie, sondern den ganzen literarischen Urheber-Laden.

Wir sind gegen die Poetenclubs der posthumen Renten geistiger Arbeiter und des Privatbesitzes ihrer Erben an Werten, die sie nicht geschaffen haben. Doch das ist zuletzt eine Frage, deren Für und Wider man ohne groß erörtern könnte.

Wenn aber eine ganze Akademie faselt — es cathedra — von ihren hohen Stühlen herab, wenn sie in einer Sache, in der jeder einzelne Akademiker Partei ist, und beswegen — auf seinem hohen Stuhlchen — den Mund zu halten hat, von schlechten Gewissen verwirkt, Argumente vorbringt, deren sich ein Schubkarren der Erzgeber von Rosenkartoffeln zu schümen hätte, dann möchte man doch gleich diese ganze Akademie — in die Kartoffeln schüten.

Stütze, das vierjährige A-Dur Quartett des Wieners Franz Schmidt ist ein mit groben Können überzeugend und klar gefasstes Werk, und obschon es schwankend zwischen den Stilen, keine bestimmte Persönlichkeit verdeckt, hältend bis ans Ende. Das Gewandhausquartett spielt beides hervorragend, leuchtend und wertig.

Im 5. Konzert der Internationalen Gesellschaft für neue Musik gefiel mir eine Sonate für Viola und Klavier op. 25 b von Hindemith besser als neulich sein Violinkonzert im A-B-C, weniger originalitätsstiftig, aber dafür edler, frisch in der Erfindung und gehaltvoll im Adagio. Stücke von Arnold Mak ließen mich allzu oft an Mädeln denken. Eine Sonate von S. W. Müller dagegen gab sympathisches gesundes Musizieren, besonders in den Endzügen; im langsamem Satz schaden eilige Längen. Stücke des befreiblumen, fruchtbarer, in dieser Saison fastsam gehörten Ernst Toch ließ ich mit gern, ein Trio von Mozart mit Trauer entgehen, um in einem italienischen Arien-Abend von Anna Sintow festzustellen, daß die Sängerin ein schönes Material treiflich ausgebildet hat und geschmackvoll vorträgt. Wer trok einer Indisposition so angenehm singt, der hat das Rechte gelernt.

Um zwei Abenden sehr ließ Bauer den Bau seines kolossalnen Beethoven-Monumentes fort. Nach der A-Dur-Sonata wollten die Hörer kaum den Saal verlassen; nach der As-Dur-Sonata mit der Fuge gab Bauer — trotz der Riesenleistung und gegen seine Gewohnheit, die er meines Wissens hier nur einmal im Konzert für A-B-C durchbrach — das freundliche Andante favor zu. Nach dem zweiten Abend sollen hier einige Merkmale dieses Zoffus genannt werden.

H. W.

Lisa Kummer, die einen hübschen Sopran von guter Tonbildung besitzt, wählt eine zu einseitige Liedfolge. 18 Liebeslieder von Schubert, S. Wolf, Rinkens und Smigelski — bringen nicht genügend Abwechslung und Gelegenheit, um die Gesangstechnik der Sängerin von allen Seiten kennenzulernen. Wenigstens sollte jede Sängerin darauf achten, ihr Programm vielseitig zu gestalten und einige Klöpfer oder auch altitalienische Arien bringen. Lisa Kummer bewährte sich in verschiedenen Liedern im Vortrag recht gut.

Gute Proben ihrer Gesangskunst gab die zum erstenmal auftretende Sängerin Hildegard Henne. Sie besitzt einen hübschen Mezzosopran; nur schade, daß ihr Ton nicht weit vorn genug sitzt. Auch die Atemtechnik muß noch besser ausgebildet werden. Im Vortrag gelang ihr am besten Schubert; mit Bruch und Graener wirkte die Sängerin nicht viel anfangen. Karl Bartók, der vorzügliche Hörfunksielle, brachte Abwechslung in das Programm mit der Sonate für Flöte und Klavier von dem Leipziger Organisten Karl Höyer, einem etwas maten Werk, und vier Stücke für Flöte von Karg-Elert, die große Ansprüche anforderten an das Instrument stellen.

L.

Pamela Wedekind sprach und sang im Schillerverein Dichtungen ihres Vaters. Da wir dem Vereinspatron die Neuerung über die Schaubühne als moralische Anstalt verdanken und Frank Wedekind unter den großen Dichtern der letzten Epoche der einzige konsequente Moralist war, scheinen die beiden großartig zusammen zu passen. So bekam denn Pamela auch nach Frants zur Laute gefürgneten Liedern, in denen sich doch die Moral oft sehr geschickt hinter lustiger Frechheit verbirgt, von der ersten Schillermannschaft ausdauernden Beifall. Ein schranner Dichter und eine von oben bis unten dunkel gestaltete mißglückte Tante waren in meinem Umkreise die einzigen Unbefriedigten. Wedekind und seine Sache dienen zu erklären, würde sich aber kaum verlohnzt haben. Nach dem Edgedoktor sprach Pamela die Mittelszenen der „Enzian“, wogen sich nur das eine sagen läßt, daß niemand ohne Anfang und Ende so recht hinter diese an und für sich schwierige, von Zeitbezügen und Ironie verschleierte kleine Komödie kommen kann. Aber es war eine häbliche Probe dramatischer Dialektführung mit nicht verfehlten Rollen. In präraffaelistischen Sphären schwelend, sprach Pamela noch besser zu Gehör bringen, wenn sie es durchweg tut, will sagen, wenn sie nicht die leichte Gedächtnis, manchmal die Pointe, schon mit vorgeführtem Kopf und Haar einziehe auswählt, und wenn sie auch vorher weder durch Togen noch durch Häßtzen die Hälfte unterschlägt. So prächtig sie die melodische Linie der Lautenkomposition jetzt auch durchführt, so scheint mir doch die geistige Linie der väterlichen Produkte allzu wichtig, als daß man diese Werke einem zu meist nicht als ahnungsgeladenem Publikum nur als rein ästhetische Kunstwerke vermitteln dürfte.

hgr.

Die Abenteuer der armen Reichen schildert der amerikanische Humorist Stephen Leacock in einem kleinen Bändchen, das im Verlag Williams & Co. (Berlin-Charlottenburg) erschienen ist. Die Abenteuer spielen in Plutotia, der Stadt des Geldes, wo es eigentlich nur Leute gibt, die mindestens Millionen von Dollars ihr eigen nennen. (Die anderen zählen nicht mit.) Da diese Art Leute nur eine Lebensweise kennen, das Geschäftsmachen, ist es gar üßig, die „Abenteuer“, von denen man sonst nur aus dem Handelsteil der Zeitung erfährt, in halbwegen Menschliche überlegt zu sehen. Da geht man in den Club, veranstaltet Abendessen und Empfänge, macht Schenkungen an Universitäten, kriecht „indischen Häfen“ auf, feiert „Kreislauf“-Festen, wählt Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen . . . für den Ureinwohner lautet Beschäftigung, die zum Wirkungskreis des tollen Bürgers gehören und nichts Anstößiges an sich haben; für den Eingeweihten aber ebenso viele Gelegenheiten, Aktionen gegen die gesetzlosen zu gründen, Aktionen zu emittieren, auf die Hauste und auf die Bäume an der Börse zu spekulieren, Dividenden zu erhöhen, Bestechungsgelder in Strömen fließen zu lassen. Das Treiben der „Gesellschaft“ erscheint so in das helle Licht einer unverzerrten Geheimbilanz gerückt, man hat seinen Spaß daran, die Welt des Millionärs im Spiegel zu sehen, der mit Röntgenstrahlern arbeitet. Es sind kleine lustige Humoresken, die den Alltag unserer gelegneten Welt in der Lebensgestaltung der „oberen Zunftmeister“ durchdringen, amüsant zu lesen und recht förderlich als Werkzeug ernster Gesellschaftskritik. Das Buch des Amerikaners führt eine Lücke in unserer Literatur, die wahrlich nicht allzu reich ist an Werken revolutionärer Satire. Es sollte eine weite Verbreitung finden.

Don Quichotte soll ein Denkmal bekommen. Die von Spanien ausgehende Bewegung, dem Ritter von der traurigen Gestalt ein Denkmal in Toledo, der Heimat seiner Dichterin, zu setzen, hat nun auch nach Frankreich übergegriffen. In Paris hat sich ein Komitee gebildet, das durch Veranstaltung von Cervantes-Festen für das geplante Denkmal werben will.

Schaupielhaus. Vom Donnerstag bis Sonntag gastiert Max Pallenberg. — Am Montag einmaliges Gespielt Martin Wigmanns mit ihrer Tanzgruppe in ihrer neuen Tanzschöpfung „Die Freier“.

Kleine Chronik.

Leipziger Konzerte.

Das Weizmann-Trio (Fritz Weizmann, Hans Mlynarczyk, Fritz Scherl) gab im Rathausaal einen schönen Beethovenabend. Alles Spiel war sauber und präzis. Weizmann in der Schattierung der Klavierlücke sehr delikat. Der Geiger und der Cellist lössten aber des öfteren nicht Ton geben, vor allem das strömende B-Dur-Trio hätte neben der geöffnetenartigen Intelligenz und Musikalität durch Klangfülle noch gewonnen. Magda Scherl sang an Stelle der auf dem Programm vermerkten Gertrud Weizmann. Sie hat, seit ich sie zuletzt hörte, läufig hinzugelernt, sie nimmt weißer, nur das Staccato gerät oft tonlos.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 23. Februar.

So oder so, wie's trefft!

Es gibt kaum ein Blatt, das das kirchliche Dogma so oft und so streng in seinen Spalten vertritt, wie die LNA. „Dem Volke muß eben die Religion erhalten bleiben.“ Aber — diese Religion geht immer nur — bis an den Halsbeutel. Dann hört sie schließlich auf, weil sich damit die Mammoninteressen, die die LNA sonst vertreten müssen, nicht vereinbaren.

Als Vertreterin christlichen Glaubens sind die LNA natürlich fürs Beten, besonders in der Schule, für Religionsunterricht, der den unbedingten Glauben an Gott und die Heils wahrscheinen lehrt. Auch den Glauben an die Macht des Gebetes, die unmittelbar damit zusammenhängt. Und der „gläubige Christ“, der Glauben hat wie ein Senskorn, kann ja nach einem Worte der Bibel Berge versetzen. Warum soll er dann nicht auch Gottes Hilfe für Kranken herabholen können? Die ganze Gesundheitskette sieht ja nur auf dem Glaubenssatz an die Macht des Gebetes. Und wer an diese Macht glaubt, weiß man sie ihm von Jugend auf immer wieder vor Augen gestellt hat, der — fällt natürlich „auf diesen Unfassn“ hinzu.

Freilich ist dieser Glaube sowohl Absicht als auch will. Erfolg des Religionsunterrichts. Wenn er sich nun aber in Wirklichkeit zeigt, wie bei jener fränkischen Frau in Böhmen bei Leipzig, die sich mit „zehn Gebeten geheilt“ haben ließ für 100 Mark (vergl. LNA vom 14. Februar 1927), dann glossiert man diese Tatjache mit den Worten: „Es ist unbegreiflich, daß es noch immer Leute gibt, die auf diejenigen Unfassn hinneinfallen.“ Wir stimmen diesem Urteil vollkommen zu. Aber damit sprechen die LNA ihrem ganzen Fesdzug für Religionsunterricht und Schulgebet das Urteil und damit die Existenzberechtigung ab. Sie offenbaren, daß — es ihnen mit dem Kampfe dafür nicht ernst ist, sondern — daß nur dem dummen Volke die Religion erhalten bleiben muss, um es hinterher zu ver- spotten.

Noch unbegreiflicher ist freilich, daß die meisten Lejer das nicht merken. Und um allerunbegreiflichsten, daß unter diesen Lejern auch noch Arbeiter sind.

Civis.

Die Lunge der Großstadt!

Gesundheitspolitik treiben heißt nun einmal in aller erster Linie Lohnpolitik und Wohnpolitik im Interesse der breiten Massen des Proletariats treiben... So sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Moes im Plenum des Reichstages. Wie lehrte er Recht hoffe, bewies der Befall. Aber das sind die großen Probleme, die auf Erledigung gründlichster Art warten. Daneben gibt es eine Menge kleinerer Möglichkeiten der Gesundheitspolitik, die meist nur lokalen Charakters, bei nur einigermaßen gusm Willen, hoher Städtebürokratie schnell und leicht der Bevölkerung verschafft werden können. So liegt es auch mit, der Erholungsfrage im Leipziger Osten. Der dicht gedrängt mitten zwischen Fabriken geblühten wohnenden Bevölkerung beherrschend vorwiegend aus Arbeitern und Schülern kleinerer Bevölkerungen, wird für ihre wenigen Erholungsstunden am Park oder sonstigen Grünanlagen im Bereichsraum zu den anderen Stadtteilen so gut wie nichts geboten. Hier rückt es wirklich Not, daß man einmal Tauen sehen würde, zumal die Verhältnisse für die Stadt so außerordentlich günstig liegen. Das Oberholz, der durch seine Lage geundheitlich schönste uns militärische Wald der näheren Umgebung, muß leichter und billiger zugänglich gemacht werden. Es müssen Zugänge geschaffen werden, die die Erholungsuchenden nicht mehr wie heute zwingen, auf hini- und Rückweg den Staub der beim Auftreten „Erholungssuchenden“ eingeschlagen zu müssen und die dadurch die ganze Erholung verhindern machen. Hier wollen wir praktische, aktive Gesundheitspolitik sehen. Der Stadt fällt es um so leichter, da ihr der größte Teil des Vorgeländes des Oberholzes vom Südausgang von Leipziger Platz an südwärts längs der Grimmaischen Landstraße bereits gehört, bzw. dem Johannistift und unter der Verwaltung des Rates steht. Diese Kindererlen, zur Zeit verpachtet, werden in den nächsten Jahren pachtfrei und müssen forstwirtschaftlich aus- genutzt werden. Sie müssen großzügig aufgeforstet werden und zwar unter Berücksichtigung von Waldschulen, Spielwiesen, einfachen Liegehallen für Lungen- und ähnlichen Krankeleien und allen sonst noch in Betracht kommenden gesundheitsfördernden Freizeitanlagen ohne die üblichen Warnungsinseln. Der Einwurf der Untertanen der sozialistischen Gesellschaftsvereinigung des Gebietes gegenüber der Verpachtung für landwirtschaftliche Zwecke müßte bei der absehbaren und vielfachungen Klage der Bauernwirtschaft über die Unrentabilität ihrer Betriebe erst bewiesen werden.

Die schon lang projektierte Weiterführung der Straßenbahn Probstheims-Lieberwölkisch mit der Endstation am Südausgang von Leipziger Platz muß nunmehr schnellstens ausgeführt werden. Dann können die Kinder flassenweise in kürzester Zeit aus der Enge der altheren Großstadt hinaus in die geradezu erstaunliche und stärkende Waldeslust gebracht werden.

So würde eine wirkliche Erholungsstätte geschaffen, die schnell und billig zu erreichen wäre, und die darüber und freudig begrüßt würde, von alt und jung, von Naturfreunden und Wandertugenden, sowie von allen denen, die sich gerade jetzt in der schlechtesten Jahreszeit in Werkstatt, Bureau und enger Wohnung sehn nach Luft und Sonne, nach Felsen, Wiesen und Wald.

Besichtigung der Konsumvereinsanlagen.

Die Mitglieder des Rates und die Stadtverordneten besichtigten gestern, einer Einladung der Geschäftsleitung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz folgend, dessen Betriebsanlagen in der Johannisstraße und die genossenschaftliche Fleischerei in Connewitz. Im Konferenzsaal der Genossenschaft begrüßte der erste Geschäftsführer, Genosse Fischer, die Vertreter des Rates und die Stadtverordneten und Schüler, wie sich der Plagwitzer Konsumverein aus kleinen, ungeliebten Anfängen in den achtzig Jahren des vorigen Jahrhunderts zu der großen Verbraucherorganisation mit gegenwärtig 73 000 Mitgliedern, 127 Verkaufsstellen, mit einem Umsatz von rund 28 Millionen Mark im letzten Geschäftsjahr entwidelt hat. Genosse Fischer hob den gemeinnützigen Charakter des Konsumvereins und seine wirtschaftliche Bedeutung für die Stadt und eines großen Teiles ihrer Einwohner hervor; würden doch einschließlich der Familienangehörigen der Mitglieder etwa 300 000 Menschen mit Waren durch den Leipzig-Plagwitzer Konsumverein versorgt. Die von der Genossenschaft gemachten Erklärungen lämmen den Mitgliedern in dem Ausbau der Genossenschaftsanlagen und in Rückergütingen zugute. Genosse Fischer betonte die politische Neutralität des Konsumvereins und widerlegte die Behauptung Bürgerlicher, daß die Genossenschaft eine sozialdemokratische Einrichtung sei. Darauf hindert den Konsumverein schon das Genossenschaftsgesetz.

Der Oberbürgermeister dankte der Geschäftsführung des Rates und der Stadtverordneten dafür, daß den Stadtverordneten Gelegenheit geboten wurde, die Betriebsanlagen des Konsumvereins zu besichtigen. Er erkannte die wirtschaftliche Bedeutung der Leipzig-Plagwitzer Genossenschaft für die Stadt

Unerhörte Nahrungsmittelfälschung.

Verarbeitung verdorbener gesundheitsgefährlicher Wurst. — Unsaubere Fleischverarbeitung. — Acht Monate Gefängnis, 1800 Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust für Gustav Rudloff.

Das Gemeinsame Schöffengericht verhandelte am Dienstag sieben Stunden lang gegen den 55 Jahre alten Fleischermeister Friedrich Wilhelm Gustav Rudloff, Leipzig, Hofobst 4, wegen Nahrungsmittelfälschung. Es wurde festgestellt, daß Rudloff nach dem Besuch der Volkschule das Fleischergewerbe erlernte. Vor 34 Jahren wurde er Fleischermeister und er machte sich zunächst in Hannover selbstständig. Im Jahre 1914 kam Rudloff nach Leipzig und gründete hier ein Geschäft. Rudloff gehört zu den Arzels- und Instiationsgewinnern. Bei der Erstellung seines Vermögens nahm er es nicht so genau. Außer den bereits wieder gelöschten Strafen zählte das Gericht noch etwa ein Dutzend Vorstrafen des Angeklagten auf. Vor allem ist er wegen Steuerbefreiung, Schleichhandels und Nahrungsmittelfälschung bestraft. Im Jahre 1921 verwandelte Rudloff seine Firma in eine A.G., deren alleiniger Vorstand und Alleinhaber er selbst war. Jetzt hat er die A.G. aufgelöst und firmiert wieder als alleiniger Geschäftsinhaber. Rudloff betreibt eine Wurstfabrik, deren Erzeugnisse er in fünf Verkaufsstellen in den Mann bringt. Die fünf Fleischläden Rudloffs an den verkehrreichsten Stellen der Stadt sind je jedem Leipziger bekannt. Rudloff beschäftigt 50 Angestellte und Arbeiter. Trotzdem will er im Jahre nur ein steuerbares Einkommen von 15 000 Mark haben. Zunächst gab er vor Gericht sein monatliches Einkommen sogar mit nur 1000 Mark an!

Das Gericht stellte zu Kosten Rudloffs und seines Großbetriebes folgende unerhörte Tatjachen fest. Rudloff ließ in seiner Fabrik nicht mit der im Fleischergewerbe nötigen Sorgfalt und Geduld arbeiten; auch fehlten ihm Kenntnisse, die bei einem Fleischermeister, der das Gewerbe richtig gefertigt hat, vorausgesetzt sind. Diese Mängel föhren dazu, daß im Betrieb Rudloffs gesündere Wölfe Wurstwaren verdorben. Um den Profit nicht zu beeinträchtigen, ließ Rudloff diese verdorbenen Wurstwaren weiter verarbeiten. In einem besonderten Raum, vom Personal bezeichnetenweise die „Leichenkammer“ genannt, lagerten große Mengen verdorbener Wurst. Im August 1926 ließ Rudloff einen Posten verdorberen Knadwurst in billig Leberwurst mischen. Darauf hatten die Fleischergesellen mit den Proletariern, für die ja diese Leberwurst, Sorte II, bestimmt war, als ihr Chef. Entgegen dem Befehl Rudloffs, waren sie verdorbene Würste ins Feuer, wenn der Geschäftsinhaber gerade einmal den Rücken kehrte. Weiter ließ Rudloff etwa 40 Pfund verdorbene Wurst bei der Bereitung sogenannter warmer Wurst, die ebenfalls wieder für die Proleten bestimmt war, mit in die Wurstmasse mischen. Dann lagerten im Gefrierraum etwa

2½ Zentner völlig verdorbene Leberwurst, die bei der Verwendung von Zwiebelleberwurst Verwendung fand.

Wieder sind die Armuten der Armen durch diese verbrecherische Verfälschung betroffen worden. Schließlich hat Rudloff noch bei der Bereitung von Karlsruher Wurst Karotteneimel zugelegt, um eine Gewichtszunahme, mehr Wassergehalt und bessere äußere Beschaffenheit der Wurst, zu erreichen. Alle diese Schweinerüben bis zum Anfang September 1926 Betriebsgeheimnis der Firma Rudloff. Die bei Rudloff beschäftigten Fleischer machen sich damit zu Mithilfenden.

Zum Glück für die Bevölkerung kamen diese gesundheitsgefährlichen Fälschungen infolge der Unternehmerschwäche Rudloffs ans Tageslicht. Im August erklärte Meister Rudloff einem Geschle:

„Sie haben bisher 40 Mark pro Woche Vohn erhalten. Ich will Ihnen von heute an 30 Mark geben. Nehmen Sie das Angebot nicht an, ist Ihnen hiermit gefündigt!“

Es kam schließlich zur Entlastung. Da erstatte der Gelehrte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Dieser Gelehrte als Zeuge erzählte noch von

fauliger Bratwurst, verfaulter Salami und verdorbenem Schabefleisch.

Der ganze Betrieb Rudloffs sei nicht im entferntesten einwandfrei. Einige Zeugen, die heute noch bei Rudloff beschäftigt sind, rückten immer noch mit der Sprache heraus. Trotzdem mußten

die Angaben der Anklageschrift im wesentlichen bestätigen. Es wäre

ost verderbtes Fleisch verarbeitet worden

zu Wurst, die sie selbst bestimmt nie gegessen hätten. Bernhard für Rudloff und seine Methoden waren die Sachverständigen zu untersuchen. Ein Stadtveterinärat hat im September 1926 Proben der von Rudloff hergestellten Wurst im Laboratorium untersucht. Er erklärte in seinem

Schwörkündigungsgutachten:

„Die uns vorgelegten Proben Rudloffs Anwurk waren völlig verdorben. Die Wurst war in Fäulnis übergegangen und geeignet, die Gesundheit zu gefährden. Sie hatte einen ranzig, würdig Geruch und dumpfigen Geschmack. Schimmelbildung war vorhanden. In der uns vorgelegten Rudloffs Leberwurst wurde bereits Schwefel festgestellt. Sie war seifig, süßig und ekelerregend in Geruch und Geschmack. Als rechtsschädiger Fleischermeister wurde Rudloff die völlig verdorbene Ware seinesfalls weiterverarbeiten. Ihre Vernichtung wurde angeordnet.“

Professor Röhrling, der Direktor der Chemischen Untersuchungsanstalt der Stadt Leipzig, schloß sich dem ersten Sachverständigungsgutachten vollständig an. Ja er ging noch weiter.

Prof. Röhrling erklärte, daß Rudloff von Glück sagen könne, daß die sich in seiner Wurst bildenden Leichengifte nicht vielejam wurden und schweres Unglück anrichteten! Die Wurst Rudloffs, in der verdorbene Wurst verarbeitet worden war, sei nicht nur ungünstig, sondern ausgesprochen gesundheitsgefährlich. Es liegen im Rudloffschen Betriebe ganz schwierige Fehler in der Verarbeitung vor.“ Prof. Röhrling schloß: „Es wird Zeit, daß die Verhältnisse bei Rudloff grundlegend geändert werden!“

Rechtsanwalt Reigner, der Sozius Melchers, als Verteidiger war über diese unverständlichlichen Gutachten wütend. Er sagte: „Sie gehen in der Auslegung der Nahrungsmittelfälschung aber sehr weit!“

Röhrling sah deutlich: „Das muß ich!“

Der Staatsanwalt betonte in seiner Anklagerede die Gewissenlosigkeit und Gemeinheit der Handlungswise Rudloffs. Rudloff habe sich auf Kosten der Gesundheit der Armuten der Armen, die sich ja doch nur die warme Wurst, die Leberwurst II. Sorte und die billige Zwiebelleberwurst kaufen könnten, Geldvorteile verschaffen wollen. Es wäre endlich einmal an der Zeit, Herrn Rudloff das Handwerk zu legen. Rudloff müßte infolge seiner niedrigen, lediglich auf Gewinn eingestellten Gesinnung mit einer empfindlichen Strafe belegt werden.

Er beantragte deshalb 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, 1800 Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust. Außerdem sollte das Urteil auf Kosten des Angeklagten in der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht werden.

Das Gericht, unter Danziger Vorst., verurteilte Rudloff schimpflich zu 8 Monaten Gefängnis, 1800 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust; die beschlagnahmte Wurst wird einzugeben, das Urteil ist auf Kosten des Verurteilten in der Leipziger Volkszeitung und in zwei anderen Leipziger Zeitungen zu veröffentlichen! An die Stelle von je 25 Mark nicht bezahlte Geldstrafe tritt je ein Tag Gefängnis. Die Urteilsbestrafung des Staatsanwalts ist auf den Gutachten und den Ausführungen des Staatsanwalts.

Dieses Urteil wird allgemein als gerecht empfunden werden. Dieser Prozeß müßte allen Arbeitern die Augen öffnen. Wenn sie sich vor solchen ekelerregenden und gesundheitsgefährlichen kapitalistischen Praktiken schützen wollen, gehen am sichersten, wenn sie ihren Bedarf an Wurst und Fleisch in den Filialen des Konsumgenossenschaften decken. Hier sind solche Vorkommnisse ausgeschlossen. Der moderne maschinelle Fleischereibetrieb des Konsumvereins bietet die Gewähr, daß den Konsumanten nur unverdorbene saubere Ware verkauft wird. Bleibe jeder diese Lehre aus diesem Prozeß und lasse Ausbeuter vom Schlag Rudloffs mit ihren verbrecherischen Methoden allein!

Dieses Urteil wird allgemein als gerecht empfunden werden. Dieser Prozeß müßte allen Arbeitern die Augen öffnen. Wenn sie sich vor solchen ekelerregenden und gesundheitsgefährlichen kapitalistischen Praktiken schützen wollen, gehen am sichersten, wenn sie ihren Bedarf an Wurst und Fleisch in den Filialen des Konsumgenossenschaften decken. Hier sind solche Vorkommnisse ausgeschlossen.

Die Psychoanalyse ist die — bis jetzt einzige — Psychologie, die den Namen Entwicklungspychologie konsequent verdiene. Sie untersucht die Entwicklung seelischen Lebens, wie sie sich im Laufe der Menschheitsgeschichte abgespielt hat und wie sie individuell beim Einzelnen, vom Säugling bis zum Greis, sich abwickelt. Die Psychoanalyse ist konsequent historisch und materialistisch (im Sinne eines Gegenlasses zu jeder Art idealistischer Erfassung und Betrachtung der Wirklichkeit) und sie ist dabei gleichzeitig die einzige dialektische Psychologie, die es bis jetzt gibt. Tatsächlich statisches Moment im Seelenleben des Individuums wie der Gruppen kennt sie nicht, es gibt für sie nicht die „Seele“ als außerörperliches Etwas, sondern nur eine ununterbrochene, dialektisch verlaufende Entwicklung auch im Seelenleben.

Die Ergebnisse der psychoanalytischen Forschung sind für uns in hohem Maße bedeutsam und wichtig. Wir lernen erst allmählich, wie das Individuum und wie Massen auf die Veränderung ihrer Umwelt reagieren, welcher Art die seelischen Mechanismen sind, in denen dieses Reagieren verläuft. Wer, wie wir Sozialisten es dauernd tun und tun müssen, auf Massen und auf Einzelne einwirkt, dem kann eine genaue Kenntnis dieser seelischen Mechanismen nur förderlich sein und Unkenntnis kann trotz besten Willens oft mehr schädig als gut machen. Beispielsweise kann das auch bei uns immer wieder diskutierte Problem „Massen und Eltern“ von Seiten der Psychoanalyse weitgehende Klarung erfahren und es wird die Aufgabe des Genossen Bernfeld sein, gerade diesen Spezialpunkt etwas ausführlicher zu behandeln.

Ein bedeutender Kopf der bürgerlichen Wissenschaft, wie der Philosoph und Psychologe Spranger, wirft der Psychoanalyse und dem Marxismus gemeinsam vor, daß beide „destruktiv“ seien. Vom Standpunkt bürgerlicher Wissenschaft ist dieser Vorwurf durchaus zu verstehen. Trotz dieser überwiegenden Ablehnung mehren sich aber bereits im bürgerlichen Lager die Verküsse, die Ergebnisse psychoanalytischer Forschung in den Dienst bürgerlicher Kultur, vor allen Dingen in den Dienst bürgerlicher Erziehung, zu stellen. Doppelt nötig ist es daher für uns Sozialisten und Marxisten, uns eingehend mit diesen neuen psychologischen Lehren zu beschäftigen und auseinanderzusetzen. Das Klassenkämpfende Proletariat braucht zu seinem Kampfe die besten und modernsten Waffen, und wenn der Gegner sie noch nicht besitzt, so ist das nur unser Vorteil. Genosse Bernfeld ist Dozent am Psychoanalytischen

Psychoanalyse und Marxismus.

Das Vorlagenschema der Mitgliederversammlung der SPD.

Bewundert viel und viel geholt“, unter stark affektionärer Anerkennung oder Abneigung, trat kurz vor der Jahreshauptversammlung der Wiener Professor Freud mit seinen ersten Schriften an die Öffentlichkeit, in denen gewissermaßen der Grund zu der neuen Psychologie gelegt wurde. Heute ist die psychoanalytische Schule fast so stark wie die gesamte übrige Schulpsychologie zusammen. Die Stellung der Universitätswissenschaften gegenüber Freud und seinen Schülern aber hat sich inzwischen nicht merklich geändert. Sogar es im Anfang, als sei es nur ein alltäglicher

Als Anlagen gelten hier nur Bauanlagen, nicht aber die Gewässer oder Teile derselben.

7. Die zur Ausübung des Sports und des Verkehrs erforderlichen Anlagen sind meldepflichtig, aber gebührenfrei.

8. Die wasserpolizeiliche Prüfung erfreut sich auf die Notwendigkeit der Art und des Umfangs, auf die sichere Benutzbarkeit der Anlage und auf die erforderliche Rücksichtnahme auf Schifffahrt, Verkehr, Vorflut und Gemeingebräuch. Die Wasserbaudämme haben die Bauvorhabenden über die zweckmäßige Beschaffenheit der Anlagen kostenlos zu beraten und zu belehren. Dabei soll auf recht einfache Ausführung der Anlagen geachtet und den Bauvorhabenden keine unbillige Bedingung auferlegt werden.

9. Zur erleichterung der Wasserbenutzung für Sport und Verkehr wird den Gemeinden die Pflicht auferlegt, den Sportvereinen Übergrundläufe zu verschaffen. Bei einer Aufstellung des Übergrundlaufs sollen und können darauf sehen, dass Stromabwärts des Ortes des Wassersportes Gelände zur Benutzung und zum Erwerb kommt. Solche Grundstücke sollen nur an andere Wassersportvereine weiterverkauft werden.

10. Die vom Wasserlehrer und Wassersport berührten Orte haben öffentliche, für jedermann benützbare Anlegestellen einzurichten, an welchen die Durchfahrtenden landen können. Die Errichtung von Bootshäfen wird empfohlen.

11. Die hierzu geeigneten Wasserflächen sind auch für Wettschwimmen, sportliche Veranstaltungen, Wassersportfeste und Wettschwimmen freizugeben, wobei Verkehr und Schifffahrt vorübergehend auf ein schwächeres Fahrwasser beschränkt werden dürfen. Für die sportlichen Veranstaltungen sind die Schiffahrtszeiten Sonntage zu bevorzugen. Die sonntägliche Personenschiffahrt muss sich dabei besondere Bedingungen, wie beschränkte Fahrgeschwindigkeit, auferlegen lassen, die notwendig sind, um die sportlichen Veranstaltungen nicht zu hindern und zu föhren.

12. Alle Gemeinden sind verpflichtet, Fluss oder Seebadeanstalten einzurichten und zu unterhalten und der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, das Schwimmen zu erlernen und auszubilden.

13. Wasserarme Orte und solche ohne natürliche Badegewässer sollen nach Möglichkeit Ersatz schaffen durch Überflutung geeigneter Grundstücke, die im Sommer mit höherem Wasserstand als Bäder und im Winter mit gesenktem Wasserstand als Eisbahnen benutzt werden können.

14. Kommunale und staatliche Ufer sind für das Baden freizugeben. Private, ungenügende Dächer dürfen zum Baden und Landen benutzt werden. Die Sperrung solcher Ufer durch Verbote ist nicht statthaft.

15. Den Ortsbehörden obliegt der Schutz der Badenden. Die besondere Aufgabe der Ortsbehörden ist die Bezeichnung der zum Baden geeigneten Stellen, Kennzeichnung gefährlicher Stellen, Bereitstellung von Hilfs- und Rettungsmitteln, Aborten und Unwetterhützen.

16. Im Winter sollen möglichst viele Gewässer für den Eis-Sport eingerichtet werden, wobei den Gemeinden die Fürsorge und der Schutz der Sporttreibenden in der gleichen Weise obliegt wie beim Baden.

17. Die Vereine für Gesundheitspflege, Leibesübungen und Sport sind tunlichst zur Verwaltung, Ausübung und Mitwirkung an wasserpolizeilichen Einrichtungen heranzuziehen. Vor der Errichtung sportlicher Einrichtungen sollen sie ihre Vorschläge einreichen. Bei etwaigen Beschränkungen sportlicher Benutzung der Gewässer müssen Verhandlungen mit den Wassersportorganisationen vorausgehen. Dabei sind alle Wassersportvereine zu hören.

18. Für die sportliche Wasserbenutzung, auch für Baden und Eislaufen, dürfen Gebühren nicht gefordert werden, sondern nur für besondere dabei geleistete Leistungen. Die Festsetzung und Aenderung von Gebühren muss mit den Sportorganisationen vereinbart werden. Gelingt eine Einigung nicht, so können die Verwaltungsinstanzen angerufen werden, die das Recht haben, die Entscheidung einem Ausschuss zu übertragen.

19. Zu den Verwaltungslörperschaften, Wasserbeamten und Wasserstrafenberatern sind die Wassersportvereine als Vertreter der sportlichen Benutzung des Wassers ausübenden Bevölkerung heranzuziehen.

Zwei wichtige Tagungen der Fußballsparte.
Am 10. Februar tagte in Leipzig der Bundeschiedsrichterausschuss zum ersten Male seit seiner Gründung. Seine Arbeit bestand darin, die Hauptrichtlinie in der Schaffung der nationalen Ausführungsbestimmungen zum neuen internationalen Regelwerk.

Die Schaffung der Einheitsregeln bedeutet eine internationale Tat. Das neue Regelwerk ist für alle internationales Fußballspiele maßgebend.

In klarer, sprachlicher Fassung umfasst das neue Werk siebzehn Regeln. Jedes Land kann sich auf Grund der bisherigen Regelhandhabung besondere Ausführungsbestimmungen schaffen.

Diese in sprachlicher Reinheit zu schaffen, klar und unzweideutig, war Aufgabe des Bundeschiedsrichterausschusses.

Eine Neuerung auf dem Gebiete des internationalen Schiedsrichterwesens steht ebenfalls zur Beratung. Der Fachausschuss für Fußball des Internationalen Sozialistischen Verbandes für Arbeitersport und Körperschule, dem außer Deutschland (Niedel), Österreich (Wolitz) und Belgien (Valemand) angehören, soll eine Liste anerkannter Schiedsrichter aller Länder zur Verteilung internationaler Spiele herausgeben. Bei Länderspielen schlägt das gastgebende Land drei Schiedsrichter aus der internationalen Liste vor, daraus bestimmt das befragende Land den Schiedsrichter, der das Spiel leiten soll. Auch bei internationalen Spielen von Landesstellen soll nach Möglichkeit auf die internationale Liste zurückgegriffen werden.

Weiter stand auf der reichhaltigen Tagesordnung die Neuarbeitung des Schiedsrichterlehrbuches, Auslegung von Spielregeln und Schaffung neuer Prüfungsbogen für Schiedsrichter, sowie eine Ausprache, die neue Möglichkeiten auf dem Gebiete der Schiedsrichterausbildung ergibt.

Der Bundesfußballausschuss kommt in diesem Jahre erstmals zusammen. Zur Beratung steht der internationale Spielverfahrt, die Kinderfußball und die Möglichkeit der Propaganda in Ländern ohne Arbeiterschafts-Schaffung, die Einigungnahme der Berichte über die internationale Tagung, speziell für Fußball, Aufgaben des internationalen Fachausschusses für Fußball, Pressefragen, Maßnahmen zur Behebung der Unfälle, Auswirkung der Beschlüsse der Kreisvertreterzulammenkunft hinsichtlich der Spartenfrage und der Schiedsrichterausschaffung. Die stets wiederkehrenden Tagesordnungspunkte, — Regelauslegung, Meisterschaftsspiele und Organisationsfragen, — geben immer reichlich Stoff zu ergiebiger Aussprache. Die Meinungen der verschiedenen geographischen Organisationsgebiete Deutschlands kommen hier zum Ausdruck. Nach der Beschlussfassung gilt nur eine Meinung, die für alle Fußballspieler des A.T. u. Sportbundes maßgebend ist.

Zur Verbandsmeisterschaft im Fußball.
Die Meister der den mitteldeutschen Verband bildenden vier Kreise sind nun ermittelt. Folgende Mannschaften nehmen an diesem Wettbewerb teil:

- 2. Kreis: Fortuna, Döbeln (bei Halle).
- 4. Kreis: Dresden Sportverein 1910
- 5. Kreis: Raumburg 88
- 14. Kreis: Breslau-Süd

In der Vorunde, die am 27. Februar ausgetragen wird, stoßen in Breslau der DSV 1910 und Breslau-Süd aufeinander, während in Gera die Vereine Raumburg 88 und Fortuna, Döbeln, um die Verehrung zur Teilnahme am Endspiel kämpfen werden. Als Sieger dieser Spiele erwartet man den DSV 1910 und Fortuna, Döbeln. Die beiden haben sich dann im Endspiel um die Verbandsmeisterschaft, das am 20. März nicht wie gemeldet

am 13. März) in Leipzig zum Austrag gelangt, gegenüber zu stehen. Wenn unsere Vorhersage zutrifft, dann ist ein äußerst spannender Endkampf zu erwarten; denn die Beziehungen zwischen Fortuna, Döbeln, als sehr spielfähige Elf bekannt werden.

Die Atmung des Sportlers.

Vor kurzem hielt auf Einladung des Wiener Arbeiterturnvereins der Leiter der Atmungsabteilung einer Wiener Klinik, Dozent Hosbauer, einen interessanten Vortrag über die Atmungstechnik des Sportlers.

Die weitverbreitete Meinung, führte er aus, dass man tief atmen sollte, ist nur dann richtig, wenn in dem gleichen Ausmaß wieder ausgeatmet wird. Ein weiterer schwerwiegender Fehler ist, dass die Sportler durch den Mund ein- und ausatmen, statt die Nierendüfte ausschließlich von der Nase belüften zu lassen. Das Atmen durch den Mund macht den Atemweg des Menschen widerstandsfähiger und dadurch aufnahmefähiger für alle Krankheitserreger, deren es in der Luft eine Unmenge gibt. Für den Sportler muss als Grundsatz gelten, dass bei Kraftanstrengungen ausgeatmet wird, die Einatmung doggen nur in der Ruhestellung durchgeführt werden soll. Dies gilt ganz besonders für die Schwimmer, die sich durch dieses Atmeverfahren und geschwollene Füße ersparen. Bei verschleierten sportlichen Leistungen ist es oft, zumal im Endsport, unvermeidlich, dass eine größere Menge Atem eingeatmet wird, als es sich notwendig wäre. Dem ist dadurch entgegengewirkt, dass man nach dem Endspurt die überschüssige Luft durch ruhiges Atmen oder Schnaufern bei geschlossenem Mund wieder aus dem Körper herausbringt.

Das richtige Atmen, das heute nur wenige Menschen wirklich können, muss gelernt sein. Jeder muss soweit kommen, dass er lernt, die Nase richtig zu benutzen und seinen Atmungsapparat zu regulieren.

Wetterbericht der Arbeiter-Turn- und Sportschule.

Abteilung Wintersport.

Schreiberhau: minus 13 Grad, 20 Zentimeter Schneehöhe, für alle Sportarten ausgesetzt.

Altenberg-Geising: minus 10 Grad, 30 Zentimeter Schneehöhe, ältere Seite Schneedecke, wolkenlos, Südostwind leicht, St. gut.

Johanneumstadt: minus 5 Grad, 25 Zentimeter Schneehöhe, ältere Seite Schneedecke, wolkenlos, Südwind leicht, St. gut.

Auersberg: minus 10 Grad, 75 Zentimeter Schneehöhe, ältere Seite Schneedecke, wolkenlos, alles beschneit, Südostwind schwach, St. vorzüglich.

Oberwiesenthal: 5 Grad minus, 60 Zentimeter Schneehöhe, St. gut, Rodel vorzüglich.

Kammgebiet: 8 Grad Kälte, 100 Zentimeter Schneehöhe, St. gut, Rodel vorzüglich.

Versammlungskalender

Donnerstag, den 24. Februar.

Metallarbeiter (Generalversammlungs-Vorsteher), Volksb. 7 Uhr, Tagesordnungen: u. a. in voraugegangenen Intervallen erschließlich.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Maita: Gedämpfte Hammelkote mit Käse 1.35 Schinkenfest — Morgen: Käseplatte mit Weißkäse und Kartoffeln 78-8 Hammelkote mit Zwetschken und Kartoffelmus 80-8

Stellenangebote

Kontorbursche

15-16 Jahre alt, für sofort gesucht. Angebote unter Chiffre J 78 an die Geschäftsstelle des Blattes, Tauchaer Straße 19/21.

VOLKSHAU

Jeden Tag trifft
Ananas-Bowle
wird auch über die Straße abgegeben

Zur Jugendweihe 1927

empfohlen wird zu Aufführungszwecken

Ein Spiel vom Leben

Den Jugendweihekindern gewidmet von

Gerhard Wöhner

◆ Preis 50 Pfennig ◆

Das Aufführungrecht wird erworben durch Ankauf von zehn Exemplaren

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Abteilung Buchhandel

Tauchaer Straße 19-21

Neue Reformtisette im M. Maier. Mk. 46.—

neue Chaiselot aus Mk. 35—

Auktionator Thiem a. Johannisplatz 3.

Pianos

Vermietung

Teilzahlung

HUG 10

Merkgrafenstraße 10

Lampenschirm - Gestelle

30 cm Durchm 1.00 Mk.

50 cm 1.75 Mk.

60 cm 2.20 Mk.

70 cm 2.90 Mk.

Alle Formen gl. Br. la. Tap. Seide 80 Mk.

Batist. Seidenfransen. Neu anfertigt bill.

Belersdorff. Schuhmacherstraße 1. I.

Umpresso

von Strohhüten auf mo-

derne Formen in jeder Ge-

blechtersart und in jeder Kopf-

werte. Stück nur

Kurzfristige Lieferung

R. Kormann, Klostergasse 12

Putzgroßhandlung und Einzelverkauf.

3.-

Diverses

Leipziger Leihinstitut,

Gesellschafts-Anzüge

Belau *

Albertstraße 29a

Ecke Zeitzer Straße 3.

Verleih

von Gesellschafts-

anzügen

Baumgärtle!

Albrechtsgasse 8.

Fruh - Dachs

verleiht alle Gelehrten anlässe

Mainstr. 6.

Wohnungen

Rat u. Hilfe *

in all. Rechtsangele-

Gesell. Gmbh. Ge-

Allgemein. Vertr.

Rechts. Curt. Döp.

Tauchaer Str. 6, I.

Göt. 28230 Görl. 2-5

unter G. 10 an die

G. d. Bl. Gohlis.

Vindenthaler Str. 22



guter Geruch

der Lederpasta ist das untrügliche Merkmal dafür, dass für die Herstellung nur gute Materialien verwendet worden sind. Verpestet Ihre Schuhcreme den Raum, in dem Sie putzen, so haben Sie allen Grund, ungehalten zu sein. Restlose Zufriedenheit werden Sie haben, wenn Sie verwenden die meistgekauft Lederpasta

Erdal

putzt die Schuhe pflegt das Leder!



Sächsische Angelegenheiten

Rütz streicht die Segel.

Als Herr Dr. Küls als Reichsinnenminister durch die Bürgerblockpartei abgehalstert war, richtete er seine Blicke mit gespannten Hoffnungsgesichtern nach Sachsen. Er hoffte hier, Innenminister werden und den Platz des Herrn Dr. Dehne als Platzhalter der Deutschnationalen einzunehmen zu können. Der Demokrat Dr. Dehne trat als Innenminister zurück und Herr Dr. Rütz sollte vom Ministerpräsidenten Heldt, dem jetzt noch den bürgerlichen unentbehrlichen sächsischen Kabinettschefs, zum Innenminister ernannt werden. Die Freunde des Herrn Dr. Küls hielten jedoch nicht mit den Aufwertlern gerechnet, die sich gegen die Ernennung von Küls wandten. Es drohte sogar eine Regierungskrise, wenn die Demokraten und die anderen bürgerlichen Parteien an der Kandidatur von Küls festhielten. Herr Küls hat nun an den sächsischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er bittet, mit Rücksicht auf den von der Fraktion der Aufwertungspartei gegen seine Ernennung zum sächsischen Minister des Innern erhobenen Protest von dieser Ernennung abzusehen. Die politische Selbstachtung vobrie es ihm, auf die Bedenken der Aufwertungspartei im gegenwärtigen Augenblick einzugehen. Er sei bis jetzt immer und mit besonderem Nachdruck für die kleinen Rentner und Inflationsgeschädigten eingetreten. Die Behauptung des Herrn Küls trifft nicht zu, und deshalb haben sich ja auch die Aufwertler gegen seine Ernennung zum Innenminister gewandt. Küls war es, der im vergangenen Jahre als Reichsinnenminister im Einverständnis mit seinen damaligen Regierungskollegen sich gegen das von den Aufwertungsparteien beantragte Volksbegehren für eine höhere Aufwertung wandte. Das ist ihm jetzt bei seinem Streben, einen neuen Ministerposten zu erhalten, zum Verhängnis geworden.

Die Demokraten und die anderen bürgerlichen Parteien müssen sich nun auf die Suche nach einem neuen Ministerkandidaten begeben. Die Leipziger Neuen Nachrichten wollen aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben, daß die Demokraten den Landtagsabgeordneten Professor Dr. Kastner oder den Leipziger Professor Dr. Apelt als Innenminister vorschlagen wollen. Der Demokrat Kastner dürfte bei seiner starken Neigung zur Deutschen Volkspartei und zu den Deutschnationalen ein diesen Parteien genannter Kandidat sein. Er wäre eine gute Ergänzung zu dem reaktionären Reichstabinett des sächsischen Bürgertums. Wie auch die Wahl des neuen Innenministers aussahen mag, jedenfalls hat die Arbeiterschaft von der Neubesetzung des Innenministeriums absolut nichts für sich zu erwarten. Im übrigen sind alle Anzeichen vorhanden, daß die Regierungsparteien die größten Schwierigkeiten haben, die nach langen Wochen des Aushandels zur Welt gebrachte Füngengeburt am Leben zu erhalten.

Die Dresdner Stadtverordneten für den Mieterschutz.

In der Stadtverordnetensitzung vom 17. Februar in Dresden wurde folgender sozialdemokratischer Antrag mit 52 gegen 20 Stimmen angenommen: Das Kollegium wolle beschließen:

- die sächsische Landesregierung zu erläutern, 1. für Gewerberäume und Wohnungen aller Größen die Bestimmungen des 1. Abschnittes des Reichsmieterrechtsgesetzes in vollem Umfange durchzuhalten, also von der im § 52 des Reichsmieterrechtsgesetzes gegebenen Möglichkeit, nach der bestimmten Arten von Mieträumen von den Vorschriften des ersten Abschnittes des Reichsmieterrechtsgesetzes ausgenommen werden können, keinen Gebrauch zu machen; 2. darüber hinaus aber bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß innerhalb weiterer Forderungen der gebundenen Wohnungswirtschaft (Wohnungsmanglwirtschaft) und des Mieterschutzes einzutreten.
- b) den Rat zu ersuchen, diesem Beschluss beizutreten.

Ein Reichswehrfelder als Landesverräter.

Das Oberlandesgericht II. Strafsenat verurteilte den Reichswehrfelder Rolf Scherer vom Reiterregiment Nr. 18 wegen Landesverrats zu fünf Jahren Zuchthaus, außerdem zu drei Jahren Ehrenstrafe, Stellung unter Polizeiaufsicht und Entfernung aus dem Heere. Es wurde auf Verfall des Spionagegeldes erkannt. Der Angeklagte hatte Nachrichten, die im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhalten waren, gegen Entlast an den französischen Spionagedienst vermittelt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Presse statt.

Militärische Spielerlei. Zwischen Nossen, Döbeln und Meißen fanden im Laufe der vorigen Woche Reichsschreibübungen statt. An diesem Monat nahmen teil: das Reiterregiment 12, Teile der Nachrichtenabteilung 4 und das Ausbildungsbataillon 1. R. 11. Gefämpft wurde zwischen der Roten und der Blauen Armee. Sieglos haben natürlich die Blauen. Es wird Zeit, daß diesem ganzen Humbaum Einhalt geboten wird. Unnütz werden hier die Steuergrößen der Arbeiter verputzt, während Millionen Volksgenossen unter schwerster Not leiden.

Der Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Stollberg sieht sich aus 20 Vertretern der Rechten und 20 Linken zusammen. Der Volksstaat macht dazu folgende Bemerkung: Die Linksvertretung wird sich natürlich bemühen, dem Amtshauptmann Schnitz — unseren Parteifreund — das Leben möglichst sauer zu machen.

Arteriosklerose!

Zu diesem Thema spricht in einer öffentlichen Versammlung am Donnerstag, dem 24. Februar 1927, abends 8 Uhr, in den Reichssälen, Eisfabrikstr. 5-7

**Herr Dr. med. Freudenberg
Elberfeld.**

Freunde, Gegner und die Herren Ärzte sind freundlich eingeladen.

Biochemischer Verein Leipzig-Umg. e.V.
Bezirksgruppe Osten.
Richard Baer, 1. Vorstand.

eder Partei- und Gewerkschaftsgenosse kauft seine geistige Nahrung nur in seiner Partiebuchhandlung!

Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager aus sämtlichen Wissensgebieten
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilung Buchhandlung und deren Filiale

Aus Nah und Fern.

Der Vorbestrafte.

Aus dem Arbeitsverhältnis ausgestoßen.

In der Turbinenfabrik der AEG, in Berlin war ein Kranführer beschäftigt. Da ihn ein Angestellter des Verbandes Berliner Metallindustrieller. Dieser wußte, daß der Kranführer wegen gewerbsmäßiger Schleiere eine Zuchthausstrafe von 1½ Jahren hinter sich hatte. Er teilte das der Firma mit, die daraufhin den Kranführer entließ. Der Betriebsrat erblieb in der Entlassung eine unbillige Härte und klagte beim Gewerbedergericht. Es zeigte sich, daß die Zuchthausstrafe die erste und einzige Strafe des Entlassenen ist. Sie hat ihren Grund darin, daß der Betriebsrat in der schlimmsten Inhaftzeit Teilnehmer eines Handelsgeschäfts mit Altmühl war, wo viel gestohlene Ware vertrieben wurde. In der Strafanstalt hat sich der Mann derart gefühlt, daß ihm ein halbes Jahr der Strafe im Gnadenwege erlassen wurde.

Das Gericht erkannte auf Abwendung der Klage mit der Begründung: Wegen eines in der Inhaftzeit begangenen kleinen Eigentumsvergehens würde die Entlassung angefohlen werden können. Hier handelt es sich aber nicht um ein aus Leichtsinn oder Not begangenes Vergehen, sondern um ein gewerbs- und gewohnheitsmäßiges schweres Eigentumsverbrechen. Der Firma könne nicht zugemutet werden, einen derart Vorbestraften zu beschäftigen.

Dazu bemerkte der Vorwärts: Im Gegensatz zu diesem Urteil müssen wir sagen: Die Entlassung des Mannes ist nicht nur eine unbillige Härte, sondern eine Grausamkeit. Die Handlung des Bestraften — die mit Selbstverständlichkeit in seiner Weise beschönigt — ist ja durch seine Zuchthausstrafe gelähmt. Das muß' es sein! Beide haben. Man darf dem Bestraften die Rückkehr zu ehlicher Arbeit nicht verschließen. Das geschieht aber, wenn jeder Arbeitgeber nach dem Grundtag handelt, der in dem Urteil des Gewerbedergerichts ausgesprochen ist. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn man einen wegen Eigentumsvergehen Bestraften nicht an einer Stelle beschäftigt, wo er Gelegenheit hat, sich an fremdem Eigentum zu vertreten. Aber die Arbeit des Kranführers bietet solche Gelegenheit nicht. Wenn dem Bestraften jede Arbeitsmöglichkeit verschlossen wird, so bedeutet das, ihn nach Verbüßung der rechtmäßig verhängten Freiheitsstrafe unrechtmäßig mit Verhungern zu bestrafen oder ihn erneut auf die Bahn des Verbrechens zu drängen. Nicht verschließen, nicht erschrecken, sondern nach Möglichkeit erlauben soll man dem Bestraften die Rückkehr zu ehlicher Arbeit.

Die Tragödie des Entlassenen.

Am Dienstagmittag erschöpft sich in Berlin unter den Kindern der Ingenieur Thomas Peller in einer Autodrosche, als er von einem Polizeibeamten festgenommen werden sollte. Der Schlag drang ins Herz, so daß der Tod sofort eintrat. Peller war bei Berliner Elektrofahrwerken angestellt und vor kurzem entlassen worden. Dafür mache er einen Direktor der Werke verantwortlich und drohte, diejenigen zu bestrafen. Um seine Drohung wahrzumachen, erschien er am Dienstagvormittag, um den Direktor zu sprechen. Als Polizeibeamte ihn festnehmen wollten, ergriff er die Flucht in einer Autodrosche. Als diese unter den Kindern gekloppt wurde und die verfolgenden Beamten sich dem Wagen näherten, legte Peller zunächst auf einen Beamten an, erschöpft sich aber dann selbst.

Ursula überwogen.

Der Schweizer Flieger Mittelholzer, der am 7. Dezember in Zürich zu einem Fluge über ganz Ursula bis nach Kapstadt aufgestiegen war, ist am Montag nachmittag um 5 Uhr im Hafen von Kapstadt gelandet und hat damit sein Ziel erreicht. Mittelholzer hat von Alexandria bis Kapstadt Ursula der ganzen Länge nach überwogen. In seiner Begleitung befand sich auch sein Sohn Mechaniker Hartmann der Zürcher Geologe Dr. Heim und der Genfer Luftfahrtforscher Guzon. Dieser ist unterwegs an Maria erkrankt. Dr. Heim blieb bei dem Erkranken zurück. Mittelholzer

Die mittlere Kette. Eine Verordnung des Volksbildungministeriums ergänzt die mehrfach besprochene Verordnung über die Einführung der sogenannten mittleren Kette. Hieraus soll das Zeugnis über die Versetzung nach der Obersekunda einer Aufbauschule dem Zeugnis über die Versetzung nach der Obersekunda der übrigen höheren Schulen gleichstehen. Im übrigen trifft die neue Verordnung Bestimmungen über die von den Volksschülern zur Erlangung des Zeugnisses der mittleren Kette zu machenden Abschlußprüfung.

Dresden. Leider nichts ins Knopfloch. Dem Polizeipräsidium Dresden ist in Anerkennung seiner Verdienste um die Polizeiausstellung Berlin 1926 vom preußischen Ministerium des Innern eine Ehrenurkunde der preußischen Staatsregierung verliehen worden. — Eine Ehrenurkunde ist ja ganz schön, aber ein Vogel im Knopfloch wäre doch noch viel schöner, sagte doch der Dresdner Polizeipräsident: „Ich vermisse die Orden und Ehrenzeichen.“ Warum auch nicht einen Vogel?

Dresden. Eine Explosion im Sächsischen Serumwerk. Aus noch nicht näher gesetzter Ursache explodierte in einem im ersten Stock gelegenen Betriebsraume des Sächsischen Serumwerkes, das im Gebäude C untergebracht ist, ein elektrisch betriebener Kühlapparat. Durch den ungeheuren Aufdruck wurden im Grundstück und dessen Nachbarschaft über 100 Fensterscheiben

zerstört. In dem Betriebsraum sah es sehr wüst aus. Schwer Eisenplatten und andere Gegenstände wurden zum Teil weit umgeworfen. Wie durch ein Wunder ist niemand verletzt worden.

Glauchau. Blutiger Ausgang beim Maskenball. Im Gofthof von Niederhainhaus hatte Maskenball stattgefunden. Auf dem Nachhauseweg sind die Ballgäste in Streit geraten, der in eine wilde Messerstecherei ausartete. Das herbeigerufene Uebertal-Kommando der Landespolizei nahm mehrere Täter in Haft. Verschiedene Beteiligte mußten nach dem Gofthof gebracht werden, wo sie von einem herbeigerufenen Arzte verbunden wurden. Blüddicherweise sind die Stich- und Schnittwunden an Kopf und Hals der Verletzten nicht ernster Natur.

Dessau i. S. Die eingefrorene Kinderleiche. In einem Teiche im Eise eingefroren wurde ein vierjähriges Mädchen aufgefunden, das seit einigen Tagen vermisst wurde. Vermutlich ist das Kind beim Heimweg vom Schlittenschießen vom Wege abgekommen, auf dem Teiche eingebrochen und, da Hilfe nicht zur Stelle war, eingefroren.

Dessau i. B. Um den Bürgermeisterposten. Zur engen Wahl eines Bürgermeisters wurden von circa 70 Bewerbern von der Rechten Stadtrat Alles, Delsnik und Regierungsrat Dr. Claus, Annaberg, gestellt. Von der SPD-Faktion Gasse Stadtrat Dr. Fischer, Werda, und von den Kommunisten Maurer Otto Bachmann, Berlin.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen Sohnes, Bruders, Schwagers, Neffen, Onkels und Cousins

Otto Heil

sagen wir allen nur herzlich unser aufrichtigen Dank. Insbesondere der Jugend von Knauthain, der Radfahrergruppe Solidarität, dem V. f. L. und der Ruderabteilung Kautzkleeberg sowie den Arbeitskollegen. Vielen Dank für den zahlreichen Blumenschmuck und das letzte Geleit zur Ruhe; desgleichen dem Sportgenossen Kloß für den ehrenden Nachruh am Grabe unseres lieben Heimgegangenen. Dank auch der Fa. Meier & Weichelt. Dies alles hat unsere so wunderschönen Herzen wohlgetan. Dir aber, lieber Otto, rufen wir ein Ruhe sanft in dein vielzuführes Grab nach.

Knauthain, Leipzig, Lübeck, den 22. Februar 1927.

Die trauernden Hinterbliebenen

Familie Adolf Heil.

Wenn Liebe könnte Wunder tun,
Und Tränen Tote wecken
So würde dich, geliebter Sohn,
Die kühle Erd' nicht decken.

**2 Mark
wöchentlich
Teilzahlung**

Peter & Co.
G. m. b. H.
Katharinenstr.
1 und 4 II. Et.

Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigt. u. Kriegerhinterbliebener

Ortsgruppe Leipzig

Jahres-Haupt-Versammlung

am 25. Febr., abends 8 Uhr, in der Börse

Familien-Nachrichten

Am 21. Februar verschied, vergeblich auf den nahen Frühling wartend nach langem, schwerem Leiden meine liebe Lebensfähigkeit, ungäre treulose Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante Frau

Klara Hedwig Schumann

geb. Uhlemann

im 49. Lebensjahr

Liebertwolkwitz, 22 Febr. 1927

Dies zeigen tiefbetrobt an

Max Schumann, Dienstleiter

und Kinder, nebst allen Angehörigen.

Beerdigung am 25. Februar, nach-

mittags 3 Uhr vom Trauerhause aus.